

Wochenlohn 25 Pf., monatlich 3,60 M.
Im voraus zahlbar, Postbezug 4,32 M.,
einschließlich 60 Pf. Postskonto- und
72 Pf. Vertriebsgebühren. Auslands-
abonnement 6.— M. pro Monat; für
Länder mit ermäßigtem Druckschen-
preis 5.— M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Samstags und Montags
einmal, die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“. Illustrierte Beilage „Wort
und Bild“, Ferner „Frauenstimme“,
„Jugend“, „Bild in die Arbeiterwelt“,
„Jugend-Vorwärts“, „Stichtagsbeilage“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3, D. V. u. Disz.-Gef., Depotk., Jerusalemstr. 65/66.

Mittwoch
13. Mai 1931
Groß-Berlin 19 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitig. Hauptausgabe 80 Pf.
Kleinbeilage 5.— M. „Kleine Wa-
gen“ das festgedruckte Wort 25 Pf.
Geldlohn (mit festgedrucktem Wort), jedes
weitere Wort 12 Pf. Robert II. Text
Geldlohn das erste Wort 15 Pf.,
jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über
15 Buchstaben zählen für zwei Worte,
Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Familien-
anzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme
im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochent-
täglich von 8½ bis 17 Uhr.
Der Verlag behält sich das Recht der
Wählung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Frankreichs Präsidentenwahl.

Die besten Aussichten für Briand.

V. Sch. Paris, 12. Mai. (Eigenbericht.)

Noch ist von einem eigentlichen Wahltage am Vorabend der
Präsidentenwahl nicht viel zu verspüren. Selbst in den Wandel-
gängen der Kammer ging es nicht übermäßig lebhaft zu. Man über
der letzten Stunde gegen die Kandidatur Briands sind bisher nicht
zu verzeichnen gewesen.

Nach wie vor ist der Optimismus der Anhänger Briands sehr
hoch, besonders bei den Sozialisten, die zwar nicht offiziell, aber
tatsächlich die ursprünglichen und eigentlichen Vorkämpfer dieser
Kandidatur sind.

Dennoch wird heute abend mehr als gestern auch bei den Links-
parteien zugegeben, daß der Kampf bis zuletzt hart sein wird.
Man hofft noch immer, ist aber dessen nicht ganz sicher, daß Briand
schon im ersten Wahlgang mit der erforderlichen absoluten Mehrheit
gewählt wird. Das hängt davon ab, wieviel Stimmen der eben-
falls wie steinreiche Kognakmagnat und Zeitungsbefitzer Hen-
nessy aufbringen wird. Manche meinen 10 bis 12, andere halten
es für möglich, daß er 20 bis 25 Mann durch allerhand Gefälligkeiten
für sich gewonnen hat. Hennesy handelt dabei teils aus Eitelkeit und
Großenwahn, teils auch aus Bosheit gegen Briand, der sich
vor Jahresfrist gemeldet hat, ihn zum Botschafter in Berlin
zu ernennen, weil er ihn für diesen wichtigen Posten für unzuläng-
lich hielt.

Erzielt Hennesy mit seiner Kandidatur im Verein mit den
Kommunisten eine Stichwahl, dann ist vielleicht doch noch ein
Betriebsunfall nicht ausgeschlossen. In diese Hoff-
nung klammern sich Doumer und sein buntschediger Anhang, der
aus einer Anzahl von persönlichen Freunden in der radikalen Gruppe
des Senats, im übrigen aus der gesamten nationalistischen Reaktion
besteht, einschließlich der wildesten Faschisten und
Royalisten.

Die sogenannte Jugendbewegung Doumers zur Radikalen Partei ist
in Wirklichkeit erst vierzehn Tage alt. Vor etwa zwei Wochen
soll er rückwirkend 8 Jahresbeiträge von je 12 Franken, also

zusammen 96 Franken, rund 15 Mark, an die radikale Partei-
kasse bezahlt haben. Das hat Herriot zunächst genügt, der auf
Briand eifersüchtig ist, um die Kandidatur Doumers als eine
„radikale“ hinzustellen.

Indessen soll sogar Herriot inzwischen umgekehrt sein, als
er merkte, wie die meisten seiner eigenen Freunde über dieses Ma-
növer, dachten und daß sie seine wirklichen Beweggründe durch-
schauten.

Die Kandidatur Briands wird zwar fast ausschließlich
von der Linken unterstützt, doch scheint sie etwas an Boden
unter den eher nach rechts neigenden Gruppen gewonnen zu
haben. Sie wird von einigen Anhängern Tardieu unterstützt —
Tardieu selbst hat eine klare Stellungnahme für Briand oder
Doumer bisher sorgfältig vermieden — und vor allem scheint

die kleine Gruppe der christlichen Demokraten, die am ehesten
dem deutschen Zentrum entspricht, und die die meisten christli-
chen Abgeordneten umfaßt, geschlossen für Briand

stimmen zu wollen. Auf diese Erwartungen stützt sich die Linke
bei ihrer Hoffnung, Briand bereits im ersten Wahlgang durch-
zubekommen. Bei einer absoluten Mehrheit von rund 445 Stimmen
rechnet man mit 450 bis 455 Stimmen für Briand im ersten Wahl-
gang, für Doumer nur mit rund 400 bis 410. Doch glaubt man,
daß bei einem zweiten oder einem sogar nötig werdenden dritten
Wahlgang genügend Hennesy-Stimmen den Ausschlag zugunsten
Briands geben würden.

Bis weit in die Reihen der Mitte hinein ist man sich bewußt,
daß, so wie zur Zeit die Dinge liegen,

eine Niederlage Briands für das außenpolitische Ansehen
Frankreichs in der Welt geradezu katastrophal

wäre. Und gerade diese Sorge, daß eine Wahl Doumers als eine
Rückkehr Frankreichs von der Verständigungs-
politik aufgefaßt werden könnte, wird höchstwahrscheinlich die
Entscheidung zugunsten des Mannes von Locarno bringen.

zeichnet werden, und es ist zu hoffen, daß der Vertrag nach Er-
teilung der notwendigen Genehmigung durch die beiden Staaten
ehestens in Kraft treten wird.

Görings Mission.

Wie weit war das Auswärtige Amt bei seinem Papst- besuch beteiligt?

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Göring
weilte dieser Tage im Auszuge in Rom, wo er bei dem
Papst um einen Empfang nachsuchte, der auch gewährt wurde.
Göring soll nach den uns zugegangenen Informationen dem Papst
gelobt haben, daß die Nationalsozialistische Partei künftig die
katholische Kirche nicht mehr angreifen und auch
versuchen werde, sich mit dem Zentrum auf guten Fuß
zu stellen.

Ist das Auswärtige Amt, das beim Vatikan eine Ver-
tretung unterhält, über das Gelöbnis Görings und seinen Zweck
unterrichtet? Ist es ferner richtig, daß die Einführung Görings
durch Vermittlung der deutschen Vertretung
beim Vatikan nach Rücksprache beim Auswärtigen Amt in
Berlin erfolgte?

Politik!

Skandal im Münchener Stadtparlament.

München, 12. Mai. (Eigenbericht.)

Die Skandalchronik des Münchener Stadtpar-
laments, die inzwischen durch die Kadavergeier der Nazis zu einem
erheblichen Umfang angewachsen ist, wurde am Dienstag um
einen neuen Fall bereichert.

Im Anschluß an die Haushaltsberatungen hatten die Haken-
kreuzler den Antrag auf Neuwahl des Stadtrats gestellt. Bei der
Begründung dieses Antrages beschimpfte der berüchtigte Ratio-
nalsozialist Esser die übrigen Parteien, wobei ihm sein Kol-
lege A mann, der Geschäftsführer des nationalsozialistischen Par-
teiverlages, eifrig unterstützte. Als der Lärm immer größer wurde
und schließlich überhaupt kein Wort mehr zu verstehen war, for-
berten die Nazis die Tribünenbesucher auf, bei dem Skandal mitzu-
machen. Dadurch wurde jede ordentliche Fortführung der Sitzung
unmöglich. Der Vorsitzende ordnete daraufhin die Räumung der
Tribüne an und berief den Aeltestenrat zusammen, während die
Stadtoerordneten das Rathaus verließen.

Es war in München das erste Mal, daß eine Stadtrats-sitzung sich
ohne formellen Beschluß auflöste.

Zollunion plus Italien-Ungarn?

Wien schließt Verträge mit Rom und Budapest.

Unmittelbar vor Beginn der Genfer Beratungen wird
aus Rom gemeldet, daß in Verhandlungen, die der öster-
reichische Sektionschef Dr. Schüller dort geführt hat,
eine „grundfähliche Vereinbarung“ über ein regionales
Dreiecks-Abkommen zwischen Italien, Oesterreich und
Ungarn zustande gekommen sei. Als Zweck der Verein-
barung wird „die Steigerung des Güterverkehrs durch
Kreditverleihen im Warenverkehr und
Transportwegen“ angegeben. Man will durch bevorzugte
Kreditverleihen dasselbe Ziel erreichen, das man
sonst durch Vorzugszölle zu erreichen sucht. Da die Meist-
begünstigungsklausel solchen Vorzugszöllen im Wege steht,
hat man zu diesem Auswärtigen Mittel gegriffen.

Zugleich hat man versucht, die Erweiterung der Zoll-
union, die in der Richtung auf Rumänien vergeblich er-
strebt wurde, in der Richtung auf Italien und Ungarn
vorzunehmen. Infolgedessen sieht es im Augenblick so aus,
als ob in Genf zwei Blöcke gegeneinander aufmarschieren
wollten: der französisch-tschechisch-jugoslawisch-rumänisch-pol-
nische Block und der deutsch-italienisch-österreichisch-ungarische.

Für grundsätzliche Anhänger der deutsch-fran-
zösischen Zusammenarbeit sind das wenig er-
freuliche Ausichten. Ein Anschluß Deutschland-Oesterreichs an
das Italien Mussolinis und das Ungarn Horvaths
wäre ein außenpolitisches Experiment, dem die Sozialdemo-
kratie nur mit schärfster Opposition begegnen könnte.

Einsweilen darf man hoffen, daß die politischen Grup-
pierungen Europas nach Genf doch etwas anders aussehen
werden als unmittelbar zuvor.

Verkehrsvertrag mit Oesterreich.

In Innsbruck vereinbart.

WIA, meldet:

Am 9. Mai haben die bevollmächtigten Vertreter des Deutschen
Reiches und der Republik Oesterreich, Ministerialdirektor im deut-
schen Reichsverkehrsministerium Vogel und Sektionschef im Bun-
desministerium für Handel und Verkehr Dr. Paeschmann in
Innsbruck einen den beiderseitigen Verkehrsbedürfnis-
sen vollkommen Rechnung tragenden Vertrag
über die Anschluß- und Uebergangsverhältnisse im Eisenbahnverkehr
vereinbart. Die Urkunden werden in nächster Zeit in Berlin unter-

Die Flucht in die Reaktion.

Konsumentenmord „das Allheilmittel“.

Von Anton Erkelenz.

Bujo Brentano hat vor einigen Tagen im „Berliner
Tageblatt“ jenen Abschnitt aus seinen Lebenserinnerungen
veröffentlicht, in dem er die Begründung gibt für seinen
Austritt aus dem Verein für Sozialpolitik. In das allge-
meine Durcheinander der Tagesnöte und Tageskämpfe er-
lingt damit wieder einmal der Ton der grundsätzlichen
Auseinandersetzungen, der grundsätzlichen Verschie-
bungen, die im Geisteszustand des deutschen Volkes und be-
sonders seiner intellektuellen Mittelschicht vor sich gegangen
sind und vor sich gehen. Und diese Vorgänge machen es auch
klar, warum die Lage der Sozialdemokratie, der
deutschen Partei der Arbeit, so ungeheuer schwierig ist.

Dem sozialpolitischen Aufschwung der Jahre nach 1890 ist
ja sehr schnell der Reif in der Frühlingsnacht gefolgt. Von
all dem Aufschwung blieb nur übrig die Bewegung des
evangelisch-sozialen Kongresses und die politische Bewegung
Friedrich Raumanns. Sie fanden beide einen gewissen
Widerhall so lange, wie die Arbeitnehmerschaft vom Staatsein-
fluß ausgeschlossen war. In dem Augenblick, als die Revo-
lution die Vertreter der Arbeitnehmerschaft mit an die Staats-
führung brachte, entdeckten sehr viele Leute die Grenzen ihres
sozialpolitischen Herzens. Schon in der Inflationszeit haben
wir es erlebt, wie die namhaftesten Vertreter der deutschen
Sozialpolitik die Orientierung völlig verloren und mit ein-
stimmten in die allgemeinen Phrasen, die Inflation sei die
Folge zu hoher Löhne und des achtstündigen Arbeitstages.
So haben sich auch weiter die Vertreter des sozialpolitischen
Gedankens aus bürgerlichen Kreisen immer mehr verflüchtigt.
Einige von ihnen waren durch den Krieg zu hemmungslosen
Nationalisten geworden, auf deren Ideenbild der sozialpoli-
tische Gedanke überhaupt keinen Einfluß mehr hatte. Andere
waren in Amt und Würden gelangt und fanden die Bürde
der Verantwortung so schwer, daß sie jede neue Forderung
als eine persönliche Beleidigung empfanden. Die Behauptung,
daß die Löhne unerträglich hoch seien, daß die Arbeiter mit
hundert und hundertfünfzig Mark Monatslohn in
Saus und Braus lebten, dieser große Schwindel
der Gegenwart fand gerade in diesen Kreisen sehr viel
Zustimmung. Die Darlegung, daß der Lohn noch nie den
Vorkriegsreallohn überstiegen hat, daß kein Arbeitnehmer in
Deutschland wegen Lohnhöhung heute in besserer Lage ist
als in der Vorkriegszeit, daß die deutsche Wirtschaft auf
Grund der Rationalisierung für die Produktion pro Stück
oder pro Einheitsmenge weniger Lohn bezahle als vor dem
Kriege — das alles und vieles andere ist den Kreisen, die
vornehmlich die öffentliche Meinung machen und bilden, noch
nicht eingegangen. Daß die Krise ein Folge zu hoher Löhne,
zu hoher Sozialabgaben, überhaupt zu hoher Forderungen
und Rechte der Arbeitnehmer seien, ist doch heute der allge-
meine Glaube. Allein auf der Grundlage dieser Unwahrheit
ist die jetzige politische und wirtschaftliche Gesamtlage möglich.
Je mehr der Lohn sinkt, um so mehr muß die
Arbeitslosigkeit steigen. Je mehr die Arbeitslosig-
keit steigt, um so stärker wird die Forderung der Wirtschaft.
Man hat uns den Neuaufstieg der Wirtschaft verkindigt,
wenn die Löhne gesenkt würden. Nun, die Löhne sind ge-
senkt um 10 bis 15 Proz. Von einem Neuaufschwung der
Wirtschaft ist keine Rede. Der Lohnabbau sollte den Wett-
bewerb gegenüber dem Ausland stärken. Das Ausland be-
ginnt ebenfalls mit Lohnabbau. Infolgedessen bleibt das
Wettbewerbsverhältnis bestenfalls das alte, und der ganze
Raubzug wird bloß gemacht, um unter wohlklingenden
Phrasen den Arbeitern, Angestellten und Beamten ihre Be-
züge zu schmälern. Die Prozentzahl der Arbeits-
losen ist am größten in dem Lande, das die
niedrigsten Löhne zahlt, nämlich in Polen.

Wenn alle diese verhängnisvollen Maßnahmen im deut-
schen Volke so wenig Widerstand finden, dann beruht das
nicht zuletzt darauf, daß die intellektuelle Mittelschicht, die als
Träger des liberalen Fortschrittsgebans auch die Antriebs-
kraft des sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts war, sich
vor ihren eigenen Ideen, vor den Auswirkungen dieser Ideen
stüchtet und sich hemmungslos in die Arme der Reaktion ge-
worfen hat. Auf einmal wird der Welt im dritten Jahrzehnt
des zwanzigsten Jahrhunderts wieder die Theorie des
Emporhungerens gepredigt, die Theorie der Sparagogen.
Wissenschaftlich nennt sich diese Flucht aus der Wirklichkeit die
Theorie der Kontraktion, der zum Prinzip erhobenen Ein-
schrumpfung des Wirtschaftslebens. Es mag bis zu einem

Der Klostersturm in Spanien.

Brände in der Provinz. — Ruhe in der Hauptstadt.

Sevilla, 12. Mai.

In Sevilla bildeten sich heute früh zahlreiche Gruppen von Hunderten Personen, die die Klöster zu stürmen versuchten. Als erstes wurde das Jesuitenkolleg ein Raub der Flammen, dann wurden zwei Klöster in dem Arbeiterort Triana in Brand gesteckt, sodann überfiel die Menge die St. Josephs-Kapelle im Zentrum der Stadt, eines der hervorragendsten Baudenkmäler des 16. Jahrhunderts, das seinerzeit als Nationalmonument erklärt worden war. Die St. Josephs-Kapelle ging vollkommen in Flammen auf. Ebenso wurde das Kloster Buen Suceso ein Raub der Flammen.

Die Menge war heiligenbilder und Gegenstände religiöser Verehrung in die Flammen.

Um 10 Uhr vormittags wurde der Belagerungszustand erklärt. Die Mönche und Nonnen haben die Klöster verlassen und Zuflucht in der Stadt gesucht. Die Tumulte haben die Bevölkerung außerordentlich erregt.

Madrid, 12. Mai.

Die Stadt hat heute ihr normales Aussehen. Die Arbeit ist überall wieder aufgenommen worden. In den strategischen Punkten steht noch Militär in Bereitschaft, es ist aber bisher alles ruhig geblieben. Wie „El Sol“ meldet, sind in Alicante das Jesuitenhaus, mehrere Klöster und die Redaktionen der katholischen Blätter in Brand gesteckt worden. In Saragossa versuchte die Menge, am erzbischöflichen Palast Feuer anzulegen, der Schaden ist ziemlich groß.

In Malaga wurden der bischöfliche Palast, das Jesuitenhaus, ein Nonnenkloster und das Augustinuskollegium durch Brandstiftung zerstört.

In Cadix hat die Menge versucht, das Karmeliterkloster in Brand zu stecken, und andere Ausschreitungen begangen. Dort wurde das Standrecht verhängt.

Die Manifestanten haben sich, nachdem die Klöster in Brand gesteckt waren, wieder zerstreut, und überall ist das normale Leben wieder eingeleitet.

Die Regierung beherrscht die Lage und hat den Provinzbehörden Befehle erteilt, Unruhen zu unterbinden. Der Streik ist behoben, die Straßenbahnen verkehrten gestern abend wieder.

Monarchisten verhaftet.

Paris, 12. Mai.

Nach einer Span-Rede aus Madrid, wurden heute die Vorstandsmitglieder der monarchistischen Vereinigung Cabian und Campo verhaftet, ebenso der Führer der Nationalistenpartei, Dr. Albinana. Die Minister der Diktatur Galopente und Cornsjo sind nach einem Verhör ins Gefängnis abgeführt worden. Der Generalsstaatsanwalt erklärte, daß zwischen einem monarchistischen Plan zur Wiederherstellung des alten Regimes und der Tätigkeit verschiedener in Paris lebender Aristokraten engere Beziehungen beständen. Schon aus diesem Grunde werde er gegen Alfonso de Bourbon ein Strafverfahren einleiten.

Protest des Vatikans.

Rom, 12. Mai. (Eigenbericht.)

Der apostolische Nuntius in Madrid ist vom Vatikan beauftragt worden, bei der Regierung wegen ungenügenden Schutzes der Kirchen und Klöster Einspruch zu erheben und die Bestrafung der Schuldigen zu verlangen; beides unter Berufung auf das zwischen Spanien und dem Vatikan bestehende Konkordat. Weiter soll die Regierung ihr Bedauern ausdrücken und Abhilfe in Aussicht stellen.

Glückwunsch aus Moskau!

Nach einer T.U.-Rede aus Moskau über Romo hat die spanische Sektion der Kommunistischen Internationale den Kommunisten in Spanien einen Glückwunsch zu ihrer „bewaffneten Aktion“ entboten und die Gewinnung der Armee als Hauptbedingung des Endsieges bezeichnet. Vom Moskauer Sender wird ein Spanier entsprechend reden: Worte, die die spanischen Arbeiter nicht erreichen.

gewissen Grade eine solche Einschränkung unvermeidlich sein. Sie aber zum leitenden Grundsatz zu erheben, ist ebenso klug, als wenn man einen an Säuerwahnsinn Erkrankten mit Alkohol heilen wollte. Gewiß müssen in der Krise alle ungesunden Produktionskosten gesenkt werden, und es ist viel Möglichkeit dazu in der Wirtschaft vorhanden. Am Lohn zu sparen, an dem schon unternormalen Lohn, den der deutsche Arbeiter hat, gleich dem Versuch das Chinesen, sich am eigenen Pöpel aus dem Sumpf zu ziehen.

Die ganze kapitalistische Wirtschaftsweise lebt von der Expansion, von der Ausweitung des Marktes, von der Ausweitung des Verbrauchs, von der Erweckung und der Erfüllung neuer Bedürfnisse. Jetzt auf einmal soll das alles nicht mehr wahr sein. Jetzt soll das Heil nur noch im Konsumtenmord liegen. Darin prägt sich die Angst der geistig führenden Schicht vor ihren eigenen Ideen aus. Das wichtigste ist, daß die großen Unternehmer, die in erster Linie von der wachsenden Verteidigung wirtschaftlicher Massenbedürfnisse leben müssen, die Einschränkung, die Verarmung predigen. Die deutsche Arbeiterbewegung unterliegt dabei der besonderen Tragik, daß einer ihrer früher verdienstvollsten Männer, Herr Stegerwald, ebenfalls diese Flucht vor seinen früheren fortschrittlichen Ueberzeugungen mitgemacht und sich in weitem Maße dem Willen der Reaktion unterworfen hat. Damit ist den fortschrittlichen Kräften in der Arbeiterbewegung zum großen Teil das Rückgrat gebrochen. Es wird als Regierungsmaxime verkündet, daß der deutsche Getreidebau für seine Produkte das Dreifache des Weltmarktpreises haben müsse, während gleichzeitig der Lohn des deutschen Arbeitnehmers herabgesetzt werden soll auf den tschechischen, den polnischen Lohn.

Das alles muß die Katastrophe beschleunigen. Aber diese Katastrophe ist dann eine Folge der verantwortungslosen Flucht der geistigen Führerschaft vor ihren eigenen Ideen. Es gibt kaum eine nichtsozialdemokratische Zeitung in Deutschland, die den Kampf der Arbeitnehmer gegen die unsinnigen Lohnherabsetzungen vorbehaltlos unterstützt hat. All die zahlreichen Federn, die so tapfer schmälen können, wenn irgendwo die „Freiheit“ beeinträchtigt wird, haben kaum ein Wort gefunden, um die soziale und geistige Freiheit der Arbeitnehmer zu verteidigen.

Das ist die Atmosphäre, in der Brentano seinen Austritt aus dem Verein für Sozialpolitik vollzogen hat. Das ist aber auch die Lage, in der die Arbeitnehmerschaft ganz allein auf sich gestellt ist, geschwächt noch durch einige Gruppen, die glauben, aus „staatsmännischen“ Gründen sich zum Werkzeug der Reaktion hergeben zu müssen. Damit liegt besonders der Sozialdemokratischen Partei die Aufgabe ob, den Gedanken wachzuhalten, daß die Menschheit und daß auch das deutsche Volk stark und leistungsfähig genug sind, um genügend Brot zu schaffen für alle deutschen Menschenkinder. Die Hirne sind aufgeweckt genug, um alle gesunden Bedürfnisse der Nation und des einzelnen befriedigen zu können. Wir sind geistig und technisch leistungsfähig genug, um die Sorge: „Wie ernähren wir uns morgen?“ mühsachen zu können. Wie ist die Menschheit so nahe der Erfüllung ihrer größten Ziele gewesen, nämlich Not und Sorge aus der Welt zu schaffen. Und deshalb, wir wiederholen es: Die Technik ist leistungsfähig genug, um Not und Sorge beseitigen zu können. Wenn wir noch nicht weiter gediehen sind in der tatsächlichen Ueberwindung von Not und Sorge, dann zeigt uns das Fehler und Krankheiten im gesellschaftlichen Organismus, deren wir Herr werden müssen und Herr werden wollen. Wenn irgend je, dann darf man heute das Vassalische Wort von der „verdammten Bedürfnislosigkeit“ wieder aufnehmen. Die gegenwärtige Wirtschaftspolitik ist darauf eingestellt, wenigstens für die Arbeitnehmer die Bedürfnislosigkeit zur Tugend zu machen. In Wirklichkeit wäre Bedürfnislosigkeit ein Verbrechen. So liegt die gewaltige Mission der Sozialdemokratie heute mehr als je darin, die Köpfe heiß zu machen zum Kampf gegen die Bedürfnislosigkeit und gegen die Angstideologie derjenigen, die aus ihrem sozialliberalen Optimismus der Vorkriegszeit geschüchelt sind in den reaktionär-feudalistischen Pessimismus der Gegenwart.

Stalin gegen „angenehmen Sport“.

Erlaß der Sowjetregierung gegen das Schlangeessen.

Ein laienhafter deutscher Kommunist hat am Montag am Moskauer Rundfunksender erzählt, die Lebensmittelarten in Rußland seien reine Formschache, und das Schlangeessen vor den Lebensmittelständen ein angenehmer Sport. Man stelle sich vor, während des Krieges habe jemand in Deutschland öffentlich zu sagen gewagt, das stundenlange Anstehen vor Lebensmittelgeschäften sei „angenehmer Sport“!

Am Dienstag hat Stalin eine Verordnung über den „angenehmen Sport“ erlassen. Ein von Stalin und Molotow für die Kommunistische Partei und die Regierung unterzeichneter Erlaß, regelt die Reorganisation der russischen Konsumgenossenschaften. Darin wird ausgeführt, daß die Genossenschaften nach der Vertreibung der Priwathändler durch übertriebene Bürokratismus und durch die irrtümliche Ansicht, daß man schon zum direkten Warenaustausch gelangt sei, die Versorgung der Bevölkerung in Unordnung gebracht hätten. Dieses System habe weiter zur Ignorierung der Bedürfnisse der Käufer und zu ähnlichen Mißständen geführt. Die neuen Richtlinien wollen ein geordnetes Reg für Groß- und Kleinhandel schaffen und fordern für die Großstädte zur Bekämpfung des Schlangeessens die Eröffnung zahlreicher neuer Verkaufsstellen. So sollen in Moskau noch im laufenden Jahr 200 neue Lebensmittelgeschäfte errichtet werden.

Nun fragen wir uns: Wozu ein solcher Erlaß, wenn alles in schönster Ordnung, wenn die Lebensmittelrationierung nur eine Formschache und das Schlangeessen ein angenehmer Sport ist?

Die verlogene Propaganda des Sowjetsenders hat hier vor der Sowjetregierung selbst eine schallende Ohrfeige erhalten.

Hakenkreuzverleumdung gebrandmarkt.

Das Märchen vom sozialdemokratischen Landesverrat geplakt.

Königsberg, 12. Mai. (Eigenbericht.)

Das Schöffengericht Königsberg verurteilte den Hakenkreuzabgeordneten Erich Koch, den Führer der ostpreussischen Nationalsozialisten, wegen Beleidigung des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Dr. Herz und anderer Sozialdemokraten zu 500 Mark Geldstrafe. Der Gewähersmann Koch, ein gewissenloses Subjekt, das als polnisch-deutscher und deutsch-polnischer Spion und Spießel einen traurigen Ruf genießt, sich Majewski und wahrscheinlich auch andere nannte, in Wirklichkeit aber Stolzewski heißt und wegen einer Reihe krimineller Delikte schwer vorbestraft ist, erhielt 5 Monate Gefängnis. Bei Koch wurde lediglich aus dem Grunde noch einmal auf Geldstrafe erkannt, weil er im Jahre 1929, als er die beleidigenden Äußerungen tat, noch nicht vorbestraft war.

Koch hatte in öffentlichen Versammlungen und in der Presse behauptet, Reichstagsabgeordneter Dr. Herz habe durch einen Artikel in der sozialdemokratischen „Königsberger Volkszeitung“ und durch Konspirationen mit Polen gegen Deutschland Landesverrat geübt. Der verstorbene Reichstagsabgeordnete Hermann Schulz und der Chefredakteur der „Königsberger Volkszeitung“, Wyrzyski, sollten eine Rede, die das polnische Generalkonsulat in Danzig ausgearbeitet hatte und die sich gegen den deutsch-polnischen Zollkrieg richtete, auf dem sozialdemokratischen Parteiparteitag in Elbing gehalten haben und auch weiter mit polnischen Politikern Konspirationen gegen Deutschland getrieben haben. Ebenso wurde Landesverrat dem Redakteur der „Königsberger Volks-

zeitung“, Andrusat, und dem Reichsbannerführer, früheren Gewerkschaftssekretär und jetzigen Stadtrat Reifner, vorgeworfen. Dem früheren Polizeipräsidenten von Königsberg und jetzigen Landrat von Peine, Brandt, wurde vorgeworfen, einen deutsch-polnischen Spießel der polnischen Regierung ausgeliefert zu haben.

Die Angeklagten hatten zahlreiche Zeugen für ihre widersinnigen Behauptungen aufgebracht. Der Wahrheitsbeweis mißglückte aber hundertprozentig, weil alle Zeugen, darunter der Leiter des Heimdienstes Ostpreußen, Borgis, Admiral a. D. Küfel, der ehemalige Leiter der Spionageabwehr Ostpreußens, Major Dettmering, zahlreiche andere Kriminalkommissare und Polizeibeamte, sowie der ehemalige preussische Abgeordnete Jan Baczewski, immer wieder erklärten, daß sie weder von dem Landesverrat ostpreussischer Sozialdemokraten noch von Konspirationen sozialdemokratischer Parteiführer in Ostpreußen irgend etwas wußten, vielmehr die Bestrebung der Sozialdemokratie zur Erhaltung der deutschen Heimat restlos anerkannten. Ein von den Angeklagten aus Berlin geholtter Zeuge, ein ehemaliger „Leutnant“, der ebenfalls wegen krimineller Delikte schwer vorbestraft ist, weigerte sich, den Eid zu leisten und nahm schließlich seine Aussagen fast restlos zurück, als der Vorsitzende ihn trotz dem verurteilte.

In der Urteilsbegründung rügte der Vorsitzende aufs schärfste die Gemeingefährlichkeit der nationalsozialistischen Verleumdungszentrale.

Ein Bärendienst für Schiele.

Eine „unterrichtete Seite“ erklärt ihn für hilflos und machtlos.

Unsere Feststellungen über das Versagen des Reichs-ernährungsministeriums in der Brotpreisfrage haben in interessierten Kreisen Nervosität hervorgerufen. Diese Nervosität äußert sich in der folgenden Verlautbarung der Telegraphen-Union:

„Von unterrichteter Seite wird zu den Angriffen des „Vorwärts“ gegen die Brotpreispolitik des Reichs-ernährungsministeriums erklärt: Von einer Fahrlässigkeit bei der Behandlung der Brotpreisfragen könne keine Rede sein, weil der Reichs-ernährungsminister auf Grund der Befehlsgebung keinerlei Zwangsmittel in der Hand habe. Er habe aber durch die Verhandlungen mit den Mühlen und den Bäckern die Brotpreisfestsetzung um 3 Pf. erreicht, an die die meisten kaum geglaubt haben. Nach dieser Brotpreisfestsetzung seien die Angriffe des „Vorwärts“ lediglich noch parteipolitisch zu verstehen. Zu dem Hinweis auf die Preisgestaltung bei den Brotfabriken wird darauf hingewiesen, daß es in der Entscheidung der Konsumenten läge, das Brot nicht weiter von Fabriken zu beziehen, sondern von den zu einem billigeren Preise liefernden Bäckern. Für eine Einschränkung auf die Brotpreisgestaltung außerhalb Berlins habe das Reich keine ausführende Organe. Es könnten und würden wohl gewisse zentrale Maßnahmen ergriffen werden, insbesondere würde dafür gesorgt werden, daß keine Vertrennung der Versorgungslage eintritt, die praktische Einschränkung auf die Brotpreisgestaltung im Lande sei aber Sache der Länder und Gemeinden. Die Angriffe des „Vorwärts“ entsprängen offensichtlich dem Bedürfnis, aus parteipolitischen Gründen im Hinblick auf den bevorstehenden Parteitag der Sozialdemokratie in Leipzig für die Agrar- und Ernährungspolitik des Reiches ein tschudinisches Joch zu errichten.“

Die „unterrichtete Seite“, die ihr Wisser nicht öffnet, hat Herrn Schiele mit dieser Verlautbarung einen Bärendienst

erwiesen. Denn am 25. März 1931 hat Herr Schiele im Reichstag erklärt:

„... daß die Reichsregierung bereit ist, die gegebenen Möglichkeiten, und zwar rechtzeitig, anzuwenden, um einer Brotpreissteigerung entgegenzutreten.“

Dabei war vom Brotpreis schlechthin, nicht nur vom Berliner Brotpreis die Rede. Herr Schiele war bei Abgabe dieser Erklärung fest überzeugt, daß er Möglichkeiten habe, auf den Brotpreis in ganz Deutschland einzuwirken. Diese Möglichkeiten bestehen in der Schaffung von Marktverhältnissen, die einen erträglichen Brotpreis ermöglichen. Daß es keinerlei Zwangsmahnahmen gibt, die künstliche Preise unabhängig von den Marktverhältnissen schaffen können, ist eine volkswirtschaftliche Blattheit.

Der Reichs-ernährungsminister hat es in der Hand, durch Zollsenkungen die marktmäßigen Voraussetzungen für einen erträglichen Brotpreis zu schaffen; es ist kein Zweifel, daß seine Erklärung vom 25. März sich auf zollpolitische Möglichkeiten bezog.

Der Versuch, Herrn Schiele nunmehr als völlig machtlos hinzustellen, ist ein Taschenspielerkunststück, bestimmt, die Verantwortung für die Wirkungen seiner Hochschutzzollpolitik von ihm ab und auf die völlig unschuldigen Länder und Gemeinden hinzulenken.

Ueber die parteipolitischen Hirngespinnste der „unterrichteten Seite“ ist im übrigen kein Wort zu verlieren.

Graf Zeppelin gestartet.

Deute früh über Berlin.

Friedrichshafen, 12. April.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist Dienstag abend um 23.13 Uhr unter Führung von Kapitän Lehmann zu seiner Fahrt nach Berlin aufgestiegen. Das Luftschiff wird Mittwoch früh gegen 7 Uhr über Berlin eintreffen.

Warum der Krieg verloren ging

Nach der Chef des Geheimen Zivilkabinetts enthüllt.

Der Zusammenbruch des deutschen Kaiserreichs im Weltkrieg ist herbeigeführt worden durch das kaiserliche System selbst. Diese geschichtliche Wahrheit, die die allerklarste Widerlegung der Dolchstoßlegende in sich einschließt, ist in der bündereichen Erinnerungsliteratur der Kriegszeit zutage gekommen, und sie wird am lautesten gepredigt von den ehemaligen Paladinen des Kaiserreichs: den Generälen, Admirälen, Kanzlern, Staatssekretären usw., die bis zum Herbst 1918 die entscheidenden Stellungen innehatten. Wir wissen aus diesen Memoiren, daß während des großen Völkerringens in der Umgebung Wilhelms II. ein erbitterter Krieg im Kriege geführt wurde, ein Kleinkrieg der Strebererei, der Eitelkeit, der persönlichen Behaglichkeit, der in der ganzen Weltgeschichte seinesgleichen an Erbärmlichkeit nicht findet.

Nun sind — fast möchte man sagen, überflüssigerweise, denn das bisher gelieferte Material ist schon mehr als ausreichend — im Verlage von Gerhard Stalling auch die Memoiren jenes Herrn von Valentini erschienen, der von 1908 bis 1918 Chef des Geheimen Zivilkabinetts des Kaisers war. Das Bild jenes Kleinkriegs offer gegen alle, das man aus anderen Büchern schon kennt, wird durch sie um manchen wirksamen Zug ergänzt. So schildert Valentini jenen Kampf um den Oberbefehl, der mit der Erhebung Falkenhayns durch Hindenburg endete. Nach langem Hin und Her gelang es zunächst, Hindenburg wenigstens die Leitung der ganzen Ostfront zu übertragen, wobei sich, nach Valentinis Worten, „Falkenhayn scheinbar gestreckt“ hatte. Und nun schreibt Valentini wörtlich weiter:

Es stellte sich bald heraus, daß die Befürchtungen wegen Falkenhayns Hinterhältigkeit nur zu berechtigt gewesen waren.

Kaum hatte Hindenburg die ganze Ostfront übernommen (2. August), so erkannte er, daß er ohne namhafte Hilfe gegen die immer weiter vordringenden Russenheere nichts machen könne. Aber diese verweigerte ihm Falkenhayn crämen (rückwärtslos). Dringende, wiederholte Hilferufe ergingen an den „Obersten Kriegsherrn“ und setzten uns alle in die größte Erregung.

Alles war umsonst! Falkenhayns Einfluß auf den Kaiser war wieder völlig hergestellt, und selbst Lynder stand ganz unter seinem Druck. Die Zustände im Hauptquartier, namentlich in Plesch, wohin wir nach einer Reise nach Berlin—Homburg und an die Westfront (vom 4. bis 16. August) zurückgekehrt waren, gestalteten sich höchst unersichtlich. Der Kanzler, der vom 21. bis 24. August dort war, verließ uns schließlich höchst deprimiert über die Aussichtslosigkeit jeder Einwirkung im Sinne der Beseitigung Falkenhayns.

Hier wird also vom ehemaligen Chef des Geheimen Zivilkabinetts behauptet, Falkenhayn habe Hindenburg im Kampfe gegen die Russen im Stich gelassen — nicht etwa insofern einer anderen Auffassung der strategischen Lage, sondern aus nackter menschlicher Gemeinheit, aus „Hinterhältigkeit“ gegen den erfolgreichen Krieger! So hat es nach der Schilderung des Chefs des Zivilkabinetts in der obersten militärischen Leitung ausgefallen, während man die „nationale Einigkeit“ predigte und das Volk auf den Schlachtfeldern blüdete. Wehr noch als nötig hat — immer noch der Darstellung Valentinis — das Volk im Osten bluten müssen, weil Falkenhayn auf Hindenburgs Ruhm neidlich war!

Die Rolle, die Wilhelm II. bei diesem ganzen niederträchtigen Handel spielte, ist nach der Schilderung seines Kabinettschefs mehr als kläglich. Immer noch widersteht sich der Kaiser der Abberufung Falkenhayns, bis ein Stoß von außen ihn plötzlich umwirft:

Da endlich am 27. August kam die Peripetie. Morgens um 12.30 Uhr kam die Nachricht von der Kriegserklärung Italiens an Deutschland. Der Eindruck war nicht weiter niedererschmetternd. (Weil Italien schon längst gegen Oesterreich Krieg führte. Red. d. „B.“) Als aber abends um 10.30 Uhr,

als wir mit dem Kaiser am Staffisch saßen,

die Nachricht vom Großen Generalstab eintraf, daß Rumänien an Oesterreich-Ungarn den Krieg erklärt habe, brach der Kaiser völlig zusammen. Der Krieg sei verloren, und es bleibe nichts übrig, als Frieden nachzusuchen! Mein „Nun erst recht nicht!“ verhallte.

Als ich am anderen Morgen den gewöhnlichen Spaziergang mit Lynder und Blaten machte, bildete natürlich die politische Lage den Gesprächsgegenstand. Ich führte in dringenden Worten aus, daß jetzt der Moment sei, wo gehandelt werden müsse. Die schwere Gefahr beseitige alle Rücksichten, der Kaiser müsse sich entschließen, Falkenhayn sofort durch Hindenburg zu ersetzen,

er spiele um Szepter und Krone.

Lynder hörte aufmerksam zu, schwieg aber. Im Schloß setzte ich mich sofort mit Bethmann telephonisch in Verbindung und bat ihn, sogleich herüberzukommen.

Eine wirklich dramatische Entwicklung vom Statspiel zum Spiel um Szepter und Krone! Aber der im Mittelpunkt steht, ist kein Held. Aus Angst willigt der zerschmetterte Zerschmetterte ein. Falkenhayn verschwindet in die Verleumdung und Hindenburg steigt auf. Mit ihm der Generalquartiermeister Ludendorff — ein neues Kapitel der Kriegs- und Kleinkriegsgeschichte beginnt!

Razigeist.

Hervorgerufen und losgegangen.

Nun weiß man, wer auf den „Razieforscher“ und von Fried nach Jena berufenen Universitätsprofessor Günther geschossen hat. Oh Razischmerz, laß nach: Es ist kein Hebräer, kein Ostjude, ein Mondgesicht Ludendorffscher Prägung. — Karl Dannbauer heißt er urgermanisch, zu Vöcklabruck in Oberösterreich, dem Lande des Hiltlerringjüngers Starhenberg, wuchs er heran und erlernte die schwarze Kunst Rastler Gutenbergs, aber nach dreieinhalb-jähriger Lehrzeit entließ ihn die Firma, und es scheint, daß „Unstimmigkeiten“ in der Geschäftslage schuld daran waren. Karl Dannbauer, ein Jüngling von 17 Jahren, ging hin, sich am „Kapitalismus“ zu rächen. Er hatte irgend was von Günther mal gelesen, darin vielleicht etwas von Herrenmenschen und Auslese der Tüchtigsten gesehen, und da erschien ihm der Verfasser Günther als ein „geistiger Führer des herrschenden Systems“. So fuhr Karl nach München, kaufte sich eine Pistole, fuhr weiter nach Jena, ergriff bei der Razi-Beschäftsstelle die Wohnung des Razi-professors, ging hin und schloß.

Sich selbst zum Richter über andere aufwerfen, das selbst gefällte Femeurtell auch selbst vollziehen, überhaupt in Einzelmenschen die Schuldigen für allgemeines und persönliches Ungemach erblicken, ist das nicht reifer, unerschütterlicher, noch nicht in Begierde umgeschworener Razigeist?

Der Reichsrat hat am Dienstag die Verordnung über das Inkrafttreten des Milchgesetzes und eine Erste Verordnung zur Ausführung des Milchgesetzes genehmigt.

„Ausschachtung.“



Schacht: „Meine Ausschachtungsarbeiten, mit denen ich den städtischen Werken das Wasser abgegraben habe, sind von Erfolg gewesen.“

Otto Braun gegen die Agrardemagogen.

Polizeiverwaltungsgesetz in dritter Lesung angenommen.

Der Landtag hat gestern mit 236 gegen 135 Stimmen das Polizeiverwaltungsgesetz in dritter Lesung angenommen. Darauf folgte die dritte Lesung des Gesamtetats. Ministerpräsident Otto Braun wies dabei demagogische Behauptungen über angebliche Hemmung der Osthilfe durch die Preußenregierung zurück.

In der gestrigen im Landtag nach der Rede des Abg. Dr. Hamburger (Soz.) fortgesetzten dritten Lesung des Polizeiverwaltungsgesetzes wandte sich Abg. Schwenk (Komm.) gegen das Gesetz, das eine Verschärfung der Polizeigewalt bringe. Die Kommunisten würden deshalb auch in der dritten Lesung gegen die Vorlage stimmen.

Abg. Bießer (Weite) erklärt, daß seine Freunde mit dem Polizeistaat Preußen die schärfsten Erfahrungen gemacht haben und deshalb die Vorlage ablehnen.

Abg. Hestermann (Wirtsch.) polemisiert gegen die ablehnenden Ausführungen des Abg. von Egnern. Er sieht in dem Gesetz einen Fortschritt und stimmt für seine Fraktion zu.

Ministerialdirektor Meißner wiederholt u. a. die Erklärung, daß die Worte „pflichtmäßiges Ermessen“ jede Willkür ausschließen und die Bestimmungen des Gesetzes dagegen genügend Schutz bieten.

Abg. Verhulsdorf (Z.) setzt sich kurz mit den Ausführungen der Abg. Karselt (Dnat.) und von Egnern (D. Sp.) auseinander.

Abg. Keller (Landvolk) erklärt, daß seine Freunde trotz schwerer Bedenken der Vorlage zustimmen werden. Sie hoffen dabei, daß bald eine andere Regierung das Gesetz handhaben werde. Damit ist die allgemeine Aussprache geschlossen. Es folgt die Einzelberatung.

Das Gesetz wird in der namentlichen Endabstimmung mit 236 gegen 135 Stimmen angenommen. Dafür stimmten außer den Regierungsparteien die Wirtschaftspartei und Landvolkspartei.

Hierauf wird die dritte Lesung des Gesamthaushalts für 1931 fortgesetzt.

Ministerpräsident Otto Braun:

Der Abg. Baedter (Landvolk) hat den Vorwurf erhoben, die Osthilfe sei zu spät gekommen und das Vorgehen der Preußenkasse bei den Umwandlungsaktionen habe auch gesunde Betriebe ruiniert. Die preussische Regierung hat rechtzeitig erhebliche Mittel bereitgestellt.

Die Behauptung, die hier im Hause und im Lande aufgestellt wird, die Preußenregierung habe die Osthilfe gehemmt, ist eine beweislose Behauptung, die ich auf das schärfste zurückweisen muß.

Die Behauptung kann auch nicht substantiiert werden. Die Durchführung der Osthilfe liegt in der Reichskasse. Der das Programm in seiner Totalität kennenzulernen will, möge sich vor Augen halten, daß es verstärkte Siebungen im Osten, Kostensenkungen, Förderung der Wirtschaft durch Kredite, Bahnbau und Umschuldung der kurzfristigen Kredite in langfristige umfaßt. Die Gesamtsummen der Bürgschaften, die nach dem alten Ostpreußenhilfsgesetz und dem neuen Osthilfegesetz von Preußen und dem Reich übernommen sind, betragen nach der alten Ostpreußenhilfe: 18 Millionen Umschuldungsgelder, von Reich und Preußen bar, an Auslandsanleihen etwa 30 Millionen, an Reichssparbüchsen etwa 42 Millionen, durch Osthilfe-gesetz, bei dem Reich und Preußen der Industriebank für 25 Proz. von 850 Millionen Bürgen und zwecks Beschaffung von 250 Millionen zu je 50 Proz. Bürgen sollen.

also zusammen 231,25 Millionen Mark. (Hört, hört! links.)

Das sind gemotigte Werte, die die finanzielle Kraft des Staates in Anspruch nehmen. Dabei muß Wert darauf gelegt werden, die Umschuldungen sachlich durchzuführen. Wenn dabei die Sachverständigen der Preußenkasse den heutigen Wert der Grundstücke zugrunde legen, so handeln sie verantwortungslos und pflichtbewußt. Denn aus den Bürgschaften des verflorenen Jahres ist die Staatskasse bereits mit 24 Millionen herangezogen worden. (Hört, hört! bei den Soz.)

Die Langsamkeit der Durchführung des Osthilfeprogramms ist bedingt durch das Aufziehen des neuen Apparates und durch die Schwierigkeit der Geldbeschaffung. Die Kreditgeber müssen erst gefunden werden. Seit dem 14. September 1930 ist eine beispiellose Berlebung des Geldmarktes eingetreten, eine Erscheinung, die erst kürzlich Reichsbankpräsident Dr. Luther festgestellt. (Hört, hört! bei den Soz.) Wertwürdig ist auch, daß das Volksbegehren im Ausland weit überschätzt wird. Jedenfalls hat es sich auf dem Kapitalmarkt des Auslands sehr nachteilig für die deutsche Wirtschaft ausgewirkt. (Hört, hört! bei den Soz.)

Dieselben Wirkungen müssen aber auch die Behauptungen des Abg. Neumann (D. Sp.) haben, der von dem unwarman Etat sprach. Kritik ist leicht geübt, aber jeder weiß, daß die Etatsummen von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängig sind. Jedenfalls wird sich die Regierung auch durch ungeschickte Kritik nicht ab-

halten lassen, auf dem Gebiete der Osthilfe alles nur Erdentüchtige für die Landwirtschaft zu tun. (Sehr gut! bei den Soz.)

Run zu meinen Versammlungsreden! Ich rede sehr wenig öffentlich. Ich meine, in der Zeit der Rationalisierung sollten auch die Minister mit ihrer Energie sparsam umgehen. (Heiterkeit.) Aber die Rechte, die an meiner Tätigkeit sachlich nichts aussetzen kann, köme in tödliche Verlegenheit, würde ich nicht jährlich eine oder zwei öffentliche Versammlungen abhalten. (Große Heiterkeit.) So stürzen Sie sich wie die Geier auf meine Reden! (Sehr wahr! bei den Soz.)

Statt sachlicher Kritik wählt man in Kleinigkeiten und unter-sucht, ob ich das Recht habe, in sozialdemokratischen Versammlungen zu reden. Ich habe das Recht wie Brüning oder Trepsmann, die es sich nicht nehmen lassen, in Versammlungen ihrer Parteien zu reden. Selbstverständlich werde ich nie versagen, doch ich Ministerpräsident bin. Aber ich habe im Sportpalast unter roten Fahnen gesprochen! Schrecklich! Ich kann aber nicht von der Sozialdemokratischen Partei verlangen, daß sie ihre Fahnen zurückzieht. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Das einzig Erstreuliche an dieser Kritik ist die Tatsache, daß sich jetzt Volkspartei und Deutschnationale so energisch für die Reichssparbüchsen-Schwarzrotgold einsetzen.

(Sehr gut bei den Soz.)

Der Hinweis auf die Verordnung, daß sich Behördenvertreter bei öffentlichen Veranstaltungen nur unter der Reichsfahne zeigen dürfen, geht deshalb fehl, weil ich nicht als Behördenvertreter, sondern als Privatmann gesprochen habe. (Sehr gut! bei den Soz.)

Da ich meine Sportpalastrede vorzüglich habe stenographieren lassen, kann ich mich auch heute wieder auf meine Ausführungen über die Freidenker beziehen. (Zuruf rechts: Im „Vorwärts“ stand es anders!)

Lesen Sie eifriger den „Vorwärts“, dann werden Sie vernünftiger!

(Beifälliger Beifall bei den Soz. Große Heiterkeit.)

Der Abg. Aufassowitz (Dnat.) hat bemängelt, ich hätte mich nur auf Verteidigung in meiner Rede eingestellt. Das liegt sicher an den Angriffen. Würden diese zeitig höher stehen, wäre meine Verteidigungsrede anders gewesen. (Sehr gut! bei den Soz.) Er hat sich auf das Buch „Herrlichkeit der Minderwertigen“ bezogen. Ich kann begreifen, daß die Deutschnationalen es eifrig studieren, denn sie wollen an die Macht. Ich kenne das Buch nicht und werde auch ohne dasselbe in Zukunft auftreten. (Große Heiterkeit, lebhafter Beifall links und in der Mitte.)

Abg. Hedra (Dt. Frakt.) kritisiert das Verhalten der Regierung in finanzpolitischer Hinsicht. Auf dem Gebiete der kommunalen Finanzpolitik habe ich die Regierung jede Initiative vermissen lassen. Seine Fraktion lehne den gesamten Etat ab.

Abg. Kalper (Komm.) erklärt, daß die Kommunisten als unuer-söhnliche Feinde des Klassenstaates den Etat ablehnen. Nur der Sturz des kapitalistischen Systems könne der Arbeiterschaft die Freiheit geben.

Abg. Bräuer-Hagen (Wirtsch.) macht der Regierung den Vorwurf, daß sie nicht sparsam gewirtschaftet habe.

Die Weiterberatung des Gesamtetats und die Abstimmungen dazu werden auf Mittwoch 11 Uhr vertagt. Außerdem stehen auf der Tagesordnung kleinere Vorlagen, Abstimmung über den Kreditvertrag.

Die neue Notverordnung des Reichspräsidenten mit Maßnahmen zum Ausgleich des Etat-Defizits wird erst nach der Rückkehr des Reichskanzlers und Außenministers von Chequers Mitte Juni fertiggestellt sein und veröffentlicht werden.

Der Krolloper-Untersuchungsausschuss hielt am Dienstag abend eine nichtöffentliche Sitzung ab, um sich über seine weiteren Arbeiten schlüssig zu machen. Der Ausschuss beschloß, ungeachtet der am Mittwoch im Landtag stattfindenden Abstimmung, seine Beweisaufnahme am 19. Juni mit der Zeugenvernehmung des Ministerialdirektors a. D. Schulz fortzusetzen. Außerdem soll Generalintendant Lietzjen noch einmal gehört werden.

Kommunistische Volksbegehren pleite. Das von den Kommunisten eingebrachte Volksbegehren auf Auflösung des Thüringischen Landtags hat, soweit sich bis jetzt übersehen läßt, keinen Erfolg. In den vier Thüringischen Wahlkreisen sind amtlich noch nicht einmal 50 000 Stimmen gezählt worden, während zur Zulassung des Volksbegehrens rund 100 000 Stimmen notwendig sind.

Nationalsozialistischer Parlamentsdienst verboten. Der Reichspräsident hat auf Grund der §§ 5 (Ziffer 1) und 13 des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 23. März 1930 die in Berlin erscheinende periodische Druckschrift „Nationalsozialistischer Parlamentsdienst — NSPD.“ einschließlich der Kopfbücher mit sofortiger Wirkung bis zum 10. Juni 1931 einschließlich verboten.

Das Bedauern der polnischen Regierung ist wegen der Filigran-Verordnung in Ostpreußen dem Auswärtigen Amt ausgesprochen worden.

Berlins Kampf.

Stadtkämmerer Asch über die Bewag-Umgestaltung. — Heraus aus der Unfreiheit.

In einer großen sozialdemokratischen Vorstandskonferenz sprach gestern Berlins neuer Stadtkämmerer Genosse Bruno Asch über die unter dem Zwang der Verhältnisse vorgenommene Umgestaltung der Bewag und über die Gründe, die zu der schwerwiegenden Entscheidung führten.

Nachdem im Namen des Bezirksvorstandes Genosse Sabbath die Verammlung eröffnet hatte, gab der Stadtkämmerer einen Überblick über die politische, wirtschaftliche und kapitalmarktmäßige Situation, die Berlin zwingen, den teilweisen Verkauf der Bewag vorzunehmen. Infolge der starken kurzfristigen Verschuldung der Stadt, die wiederum eine Folge der systematischen Abschürfung der deutschen Großstädte vom Auslandskapitalmarkt war, der inzwischen eingetretenen ungewöhnlich ungünstigen Lage des deutschen und internationalen Kapitalmarktes ist Berlin in diese Lage gekommen. Die kurzfristige Verschuldung der Stadt beträgt 620 Millionen Mark, wovon die Stadt 100 Millionen sich selbst durch vorzeitigen Verbrauch von Reservefonds schuldet. Im Mai sind 140 Millionen Mark zu bezahlen gewesen, im Juni sind weitere 120 Millionen Mark und im Juli rund 175 Millionen Mark fällig. Die Banken erklärten, nicht in der Lage zu sein, eine Verlängerung dieser Kredite herbeizuführen. Viele dieser Verpflichtungen mußten von der Stadt unter drückenden und unerfreulichen Bedingungen übernommen werden. Das Bestreben der Finanzkreise war systematisch darauf gerichtet, maßgebenden Einfluß bei den Gas- und Elektrizitätswerken zu gewinnen. Der internationale Kapitalmarkt wurde durch die bei weitem nicht genügend gewährigten Verhältnisse in Amerika, das sich seit nunmehr 1 1/2 Jahren in einer schweren wirtschaftlichen Krise befindet, weiter erheblich verschlechtert. Jede Verschlechterung des Kapitalmarktes hat für Deutschland, das in nächster Zukunft weiter auf eine starke Kapitaleinfuhr angewiesen ist, katastrophale Folgen. Durch unsere wirtschaftliche Krise ist das Budget aller öffentlichen Körperschaften aus dem Gleichgewicht geworfen worden. Steuerrückgänge laufen parallel mit einer starken Steigerung des Ausgabenbedarfes. Das Reich hat das Jahr 1930 mit einem Fehlbetrag von über einer Milliarde abgeschlossen und trotz aller Einschränkungsmassnahmen wird auch das Jahr 1931 einen erheblichen Fehlbetrag aufweisen. Mit am ungünstigsten ist die Lage der Gemeinden, denen Kosten aufgebürdet wurden, die ihre finanzielle Leistungsfähigkeit weit übersteigen. Bei ihnen beträgt das Defizit auch annähernd eine Milliarde Mark.

Die für Berlin katastrophal gewordene Lage wurde erschwert durch die Tatsache, daß der Stadt allein mit der Prolongation gewählter Kredite nicht gedient ist. Schon in nächster Zeit muß neu auftretender Finanzbedarf befriedigt werden. Im Interesse der Stadt Berlin und sämtlicher öffentlichen Körperschaften dürfte mit dem Gedanken Berlin als zahlungsunfähig zu erklären, wie es der deutschnationale Stadtverordnete Steinger verlangt hat, nicht gespielt werden.

Wer sich die Gesamtlage nüchtern überlegt und sich die Konsequenzen vor Augen faßt, die mit einer auch nur vorübergehenden Zahlungsunfähigkeit Berlins verbunden sind, wird erkennen, daß kein Opfer gespart werden darf, einen solchen qualvollen Zustand zu verhindern.

Berlins Bankrotterklärung hätte bedeutet, daß die Stadt keine Röhre und Gehälter hätte zahlen können und sämtliche sozialen Ausgaben hätten gesperrt werden müssen. Darüber hinaus wäre die Kreditwürdigkeit aller deutschen Gemeinden schwer geschädigt worden. Es blieb daher kein anderer Ausweg als durch die teil-

weise Veräußerung des wichtigsten und international begehrten Berliner Besitzes

aus der finanziellen Unfreiheit und Abhängigkeit vom Bankkapital herauszukommen.

Der Stadtkämmerer erklärte, daß ihm dieser Beschluß als einem Mann, dem die Ausgestaltung der öffentlichen Wirtschaft Glaubensbekenntnis sei, ganz besonders schwer fallen mußte. Auch die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hat die schwerwiegende Entscheidung nur nach eingehendem Abwägen des Für und Wider trotz großer Bedenken getroffen, weil sie die Konsequenz einer anderen Entscheidung im Interesse der arbeitenden Bevölkerung Berlins nicht auf sich nehmen wollte und nicht auf sich nehmen konnte.

Für die Stadt galt es, sich auch weiterhin den Haupteinfluß in der neuen Gesellschaft zu sichern. Das ist durch die Übernahme des alten zwischen der Stadt Berlin und der Bewag geschlossenen Pachtovertrages auf die neue Gesellschaft gelungen. Es ist darüber hinaus durch Abmachungen mit der preussischen Elektrizitätsgesellschaft, der Preag und den Reichselektrowerken gelungen, Berlins Einfluß in der Generalversammlung so zu stärken, daß keine gegen die Interessen der Stadt gerichteten Beschlüsse gefaßt werden können. Vom finanziellen Standpunkt bedeutet die Umwandlung das sofortige Herabströmen von 210 Millionen Mark in die leere Stadtkasse. Das Wichtigere aber ist, daß die Stadt jetzt in die Lage kommt, in den nächsten Monaten einen Teil der finanziellen Bewegungsfreiheit wieder zu erlangen, die es gestattet, bei den

weiteren Verhandlungen über die Sanierung der Berliner Finanzen eine günstigere Stellung als bisher einzunehmen, wo sich die Unterhändler der Stadt oftmals

wie die deutschen Beauftragten bei der Diktatsübergabe in Versailles vorkommen mußten.

Auch bei den zu erwartenden größeren Erträgen der neuen Elektrizitätsgesellschaft wird von den Gewinnen ein erheblicher Teil, nämlich 40 Proz., der Stadt Berlin vorweg, vor der Befriedigung der übrigen Aktionäre zuzufleßen. Es ist weiter gelungen, eine etwa betriebene Kapitalverwässerung unmöglich zu machen. Trotz aller dieser im Interesse der Berliner Bevölkerung getroffenen Sicherungen bleibt die unter dem Zwang der Verhältnisse vorgenommene Transaktion in kommunalpolitischer Hinsicht ein schwerer Verlust. Die Transaktion wird jedoch dazu führen, Berlin aus jener unwürdigen Situation herauszuführen, in der es dem Bankkapital mit gebundenen Händen ausgeliefert war. Der Reichshauptstadt die finanzielle Bewegungsfreiheit wiederzugeben, erscheint als die wichtigste Aufgabe.

Nur dadurch erlangt Berlin die Möglichkeit der selbstverantwortlichen Willensbildung wieder.

Unter Würdigung dieser Umstände werden auch die Rassen der Partei die Entscheidung der Berliner Stadtverordnetenfraktion billigen und gutheißen müssen.

In der anschließenden Diskussion stellten die Genossen Klotzki, Günther und die Genossin Marquardt an den

Stadtgemeindeausschuß arbeitet.

Die erste Sitzung. — Was die Volkspartei möchte.

Unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters trat gestern der aus 45 Stadtverordneten bestehende Stadtgemeindeausschuß zu seiner ersten Sitzung zusammen. Die Presse und Zuschauertribünen waren geschlossen, weil nach dem neuen Gesetz die Verhandlungen des Ausschusses nicht öffentlich sind. An der ersten Beratung nahmen zahlreiche auch nicht dem Ausschuß angehörende Stadtverordnete aller Fraktionen als Zuhörer teil.

Nach einleitenden Worten des Oberbürgermeisters wählte der Stadtgemeindeausschuß zu Beisitzern die Stadtverordneten Amberg (Soz.), Dröll (KPD.), Kleine (KPD.), Schulze (Dnat.), Sammer (Staatspartei) und Striedler (Soz.). Man trat dann sofort in die Arbeit ein, mehrere kleine Vorlagen wurden erledigt. Annahme fand eine Vorlage, nach der das Vandschulheim Birkenwerder und das sonstige Vermögen der Karstadt-Stiftung in städtisches Eigentum übergehen soll. Auch der Vorlage über den Abschluß eines Vertrages zwischen der Stadt Berlin und dem Deutschen Reich, vertreten durch die Lettom-Kanal-Aktien-Gesellschaft über den Neubau der Eugen-Klein-Brücke in Berlin-Lichterfelde und deren Übergang in das Eigentum der Stadt wurde zugestimmt. Der Stadtverordnetenausschuß erklärte sich ferner mit dem Verzicht auf die Rechte der Stadt Berlin am Deutschen Dom auf dem Gendarmenmarkt einverstanden.

Die Sitzung fand eine Unterbrechung durch eine gemeinsame Beratung zwischen dem Magistrat und dem Stadtgemeindeausschuß, die zur Herbeiführung einer Verständigung über die

Hundesteuerordnung dienen sollte. Nach Abschluß der Besprechung stellte der Oberbürgermeister als Vorsitzender fest, daß eine Verständigung über die Hundesteuerordnung nicht zu erzielen war.

Die Volkspartei hatte einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der den Magistrat verpflichten wollte, Verhandlungen mit dem Bestreben aufzunehmen,

alle Kommunalbetriebe in gemeinwirtschaftliche Unternehmen umzuwandeln,

bei denen die Stadt 51 Prozent des Aktienkapitals besitzen soll. Der Oberbürgermeister wies die Zulassung des Antrages mit der Begründung zurück, daß die Zuständigkeit des Stadtgemeindeausschusses so weit nicht reiche und der Antrag der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt werden müsse. Der Antrag der Herren von der Volkspartei zeigt, daß das Privatkapital keine Stunde gekommen sieht und die Konjunktur voll und ganz ausnützen möchte. Die Herren dürften sich jedoch verrechnen haben.

Dem Ältestenrat des Stadtgemeindeausschusses gehört als Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion der Fraktionsvorsitzende Genosse Erich Flatau an. In dem wichtigen Ausschuß für Erwerbslosenfragen werden die Sozialdemokraten Ulrich, Buslik, Amberg, Robinson und Kiese mitarbeiten.

Terjanky J. Jenö
DIE FLIEGENDE FAMILIE
 23] *Geschichte eines Artisten*
 Roman aus dem Ungarischen von Alexander von Sacher-Masoch.

Dies buchstabierte meine Mutter laut vor sich hin. Darauf umarmte sie meinen Vater plötzlich und küßte ihn liebevoll, glücklich und schluchzend. Auch mein Vater war nahe daran, zu heulen. Meine Schwester sprang vom Stuhl herunter und riß auch mich mit, der immer noch blöde in die Luft starrte, und drehte mich laut jubelnd im Kreise durch das Zimmer. Die Freude war so groß, daß es schien, als hätten auch die Gegenstände daran teil. An Stelle der Flammen im Ofen schienen kleine Zwerge zu tanzen und Purzelbäume zu schlagen, in roten Hüten und gelben Röschchen. Die Summe war tatsächlich ziemlich hoch und wäre auch in unseren besseren Tagen ins Gewicht gefallen, die zwanzig Prozent, die dem Advokaten gehörten, einbezogen. Meine Eltern begannen dann, gleich dort in unserer Gegenwart, umständlich zu rechnen und zu verhandeln. Wie sie die Sparkasse auszahlen wollten. Eine Kuh und Schweine kaufen. Wieder eine Dienstmagd nehmen. Mich und meine Schwester neu einkleiden. Mein Vater stellte eine Liste auf und hatte mit dem Bleistift die einzelnen Punkte des Kostenvoranschlages an. Inzwischen wurde es langsam Abend. Meine Mutter bereitete das Abendbrot, diesmal ein festliches. Mein Vater genehmigte ein paar Schlückchen, aber mit Raß, neben uns beim Tisch. Wir lästerten gerade mit meiner Schwester, wie wir bis zum Abendbrot in die Nachbarschaft entkommen könnten. Die großartige Neugierde drückte uns sehr, wir wollten sie bei Freddy möglichst bald los werden und auch das Domino sollte uns mächtig. Aber in diesem Moment trat Mister Jack bei uns ein, von der Kamelfütterung kommend. Natürlich begann er damit, auch meinem Vater über-

dem Schneiderpaar zu danken. Meinen Vater stimmte die Freude immer ungewohnt und übertrieben weichherzig. Er ließ gleich vor Mister Jack ein Glas hinstellen und wir erlebten gleichsam, wie er es genöß, jetzt gleich die große Neugierde mitzuteilen und nur die passende Gelegenheit dazu abwartete.

Mister Jack begann von dem Kamel zu erzählen und bat meinen Vater, ihm zu erlauben, das alte Stroh auf dem Boden zu sammeln, um damit die Fenster und Ritzen des Stalles zu verstopfen, durch die der Wind hereinblies.

„Natürlich! Mit Vergnügen!“ rief mein Vater bereitwillig und ergriff die Gelegenheit, Mister Jack mitzuteilen, das Kamel werde vielleicht schon in dieser Woche Gesellschaft erhalten.

„Es steht etwas Geld ins Haus“, sagte er, „und wir kaufen ein Rühchen, weil die fremde Milch nie so gut ist wie die selbst gemolkene. Lieber nehme ich eine Magd. Auch meine Frau kann etwas Hilfe vertragen.“

Es schien, als bemerkte mein Vater keine genügende Wirkung seiner Eröffnungen bei Mister Jack.

Auch Mister Jack begann damit, daß sie ebenfalls fast mit Sicherheit Geld und einen Vertrag erwarteten, durch Vermittlung eines seiner Freunde. Dann wollte er sich, wie bei so vielen Besuchen, empfehlen, uns jubelnd, daß Freddy bereits mit dem Domino warte.

Aber mein Vater drückte ihn jetzt, als er aufstand, wieder in seinen Sessel zurück.

„Meine Frau bereitet gerade ein paar gute Bissen, bleiben Sie doch zum Abendbrot, Mister.“

So geschah es. Mister Jack wurde Augenzeuge unseres Freudenmahles, das zu Ehren des gewonnenen Prozesses bereitet war.

Währenddessen lernte er aus der Erzählung meiner Eltern die volle Bedeutung des Ereignisses kennen:

„Aha, aha! Oder Krach, wie bei Hippodrom, oder schönes Leben, viel Geld. Aha, aha! Gratuliere von Herzen. Ich so viel Freude, wie meine eigenen Sachen.“

Mister Jacks Sprache wurde in dem Verhältnis unverständlicher, je mehr Gläser geleert wurden. Aber daß die Freude über unser Glück so aus seinem Gesicht strahlte, als hätte man im Zimmer helle Lichter angezündet und daß diese nördlichen Worte so aus seinem Munde kamen wie ein Gebet, war eine andere Sache.

Es wurde sehr spät, als er heimging. Meine Schwester

und ich schlummerten schon lange. Während meine Mutter ausnahmsweise diesmal mit den Männern bis zu Ende aushielt.

Achtzehntes Kapitel,

befaßt sich ausschließlich mit den inneren Angelegenheiten der Hungerleider und der Familie des Helden.

Ich schlief mit meiner Schwester auf einer breiten Liegestelle, die auf Rädern stand und unter das Bett geschoben werden konnte. Wir lagen mit den Füßen zueinander. Das Dedentwegziehen war unsere gewohnte Abendunterhaltung, wenn es nicht zur Prügelei ausartete, bei der ich gewöhnlich den kürzeren zog.

Meine Mutter schlief über uns im Bett. Mein Vater im anderen Zimmer.

Außerdem hatten wir noch ein Zimmer, das sogenannte Herrenzimmer. Es war hübscher eingerichtet und hier wurden früher die Familienfeste abgehalten, die Taufen und die Hochzeit meiner Schwester.

Mit den veränderten Zeiten wechselten die besseren Möbel von da an in unser Wohnzimmer herüber und wurden abgemittelt, jetzt diente das Zimmer mehr als eine Art Lebensmittelspeicher, wenn überhaupt etwas da war, um gespeichert zu werden. Es wurde auch im Winter nicht geheizt, die Wände waren feucht geworden, der Fußboden verschimmelt.

Am Tage nach dem Ereignis schlief mein Vater bis spät in den Tag hinein und ging nicht ins Amt. Er frühstückte gerade, als meine Schwester und ich aus der Schule heimkamen. Wir hörten, daß meine Mutter eben zu ihm sagte:

„Du, Josef, hast du dir die Sache gut überlegt? Auch ich bedauere sie von Herzen, aber bedenke, wenn wir auch diese paar Gulden kriegen, darum sind wir doch arme Leute und haben hier die zwei Böhren, ich sage es nur, weil du anderen so sehr helfen willst.“

„Überlasse das nur mir!“ entgegnete mein Vater.

„Aber bedenke“, debattierte meine Mutter, „wenn sie uns nun den Winter über am Hals bleiben?“

Jetzt mußten meine Schwester und ich bereits, daß von dem Komödianten die Rede war. Aber wie?

Wir spitzten die Ohren.

Mein Vater überdachte jetzt selbst die Einwände meiner Mutter, aber dann siegte in ihm, wenn auch nichts faßt, seine Hartnäckigkeit, meiner Mutter Unrecht zu geben.

(Fortsetzung folgt.)

Referenten einige Fragen über die Einzelheiten des Abkommens, die der Genosse Koch in seinem Schlusswort ausführlich beantwortete.

In einer kurzen Erklärung wies Genosse Karl Litzke darauf hin, daß es eine Lüge ist, wenn behauptet wird, die Sozialdemokraten hätten durch eine leichtsinnige Politik zu der Verschuldung beigetragen. Seinerzeit habe sowohl die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion wie auch die sozialdemokratischen Mitglieder des Magistrats die Ansicht vertreten, daß auch die kommende Generation mit den Untergrundbahnbauten belastet werden müßte. Diese Politik ist durchkreuzt worden von einem Mann, der in dem Augenblick, in dem das Bewag-Abkommen beschlossen werden mußte, in den Ausschuß der Gesäfte eingetreten ist. Es war der ehemalige Reichsbaupräsident Dr. Schacht, dessen gemeindefeindliche Politik diesen Erfolg des Privatkapitals ermöglicht hat.

Berlins Leistung.

Zum Schluß rechtfertigte Stadtverordnetenvorsteher Genosse Haß die in Berlin in den letzten Jahren betriebene Politik, die in vollem Einklang mit der vom Staat und Reich getriebenen Politik gestanden habe. In anderen Gemeinden liegen die Dinge oft noch weit schlimmer als in Berlin. Wenn zum Beispiel Köln 200 Millionen kurzfristiger Schulden hat, so ist das prozentual eine viel höhere Belastung, als sie gegenwärtig in Berlin besteht. Berlin hat Untergrundbahnbauten durchgeführt, nicht bloß um die in der Vorkriegszeit vernachlässigten Arbeiterbezirke dem modernen Verkehr zu erschließen, sondern auch um Arbeitslose zu beschäftigen. Wenn heute das Reichsarbeitsministerium an den Berliner Magistrat mit dem Ersuchen herantritt, die Untergrundbahnbauten fortzusetzen, um den Erwerbslosen Arbeit zu geben, so ist das der beste Beweis, daß die Berliner Politik durchaus nicht falsch war. Genosse Haß erklärte zum Schluß, wenn die sozialdemokratische Fraktion auch weiter nichts getan hätte, als U-Bahnen auch für die arbeitende Bevölkerung zu schaffen, so würde das in einer ruhigen Zeit schon allein als ein ungeheurer Erfolg gewertet werden. Was Berlin in der Nachkriegszeit unter schwierigen Verhältnissen geleistet hat, wird später einmal die Bewunderung der ganzen Welt finden.

Heute Zeppelin-Besuch.

Ankunft in Tempelhof gegen 18 Uhr.

Heute nachmittag gegen 18 Uhr wird das Luftschiff „Graf Zeppelin“ nach einer dreistündigen Rundfahrt über Berlin im Zentralflughafen Tempelhof zum ersten Male eine Zwischenlandung mit Passagierwechsel vornehmen. Die Berliner Flughafengesellschaft hat Vorkehrungen getroffen, daß der Berliner Bevölkerung auf dem Gelände vor dem Rollfeld die Möglichkeit gegeben wird, die außerordentlich interessanten Lande- und Startmanöver zu beobachten und aus nächster Nähe den silbernen Riesenvogel zu schauen. Für die Besucher des Restaurationsplatzes (1. R.) erfolgt etwa gegen 18.30 Uhr die Verteilung von Freifahrten (einstündig) mit dem Luftschiff „Graf Zeppelin“ von Tempelhof nach Staaken. Berlin in seinem Lichterglanz wird einen bezaubernden Eindruck bei den Mitreisenden hervorrufen. Auf Einladung Dr. Gomers wird Oberbürgermeister Dr. Sahm an der Rundfahrt über Berlin, die in Staaken nachmittags 14.30 Uhr beginnt, teilnehmen und das Luftschiff bei der Zwischenlandung im Tempelhof wieder verlassen.

Die Berliner Verkehrsgesellschaft wird am Mittwoch nachmittag die Linie 24 nach der Friesenstraße mit Anhänger laufen lassen, ebenso wird die Linie 73 bis Flughafen verfrachtet werden und es ist Vorkehrung getroffen, im Bedarfsfalle vom Halleschen Tor zum Flughafen Einflugschienen laufen zu lassen. Eine weitere Streckenbahnverbindung ist für die Richtung Tempelhof, Berliner Straße, vorgesehen und ebenso auf der U-Bahnstrecke Flughafen. Die Eintrittspreise für den Flughafen Tempelhof betragen 50 Pf., 1 und 2 R.

Freie Gewerkschaften auf der Bauausstellung.

Wir werden gebeten, darauf aufmerksam zu machen, daß der Stand 634 der freien Gewerkschaften und ihrer Wirtschaftsbetriebe in Halle VI der Bauausstellung bis zum Eröffnungstage und auch bis heute noch nicht fertig geworden ist. Er teilt dieser Schicksal übrigens mit vielen anderen Ständen der Ausstellung. Erst gegen Ende der Woche dürfte mit einer endgültigen Fertigstellung der Kollektivschau zu rechnen sein. Der Entwurf der freigeberischen Schau stammt von Professor Gropius, dem die bekannten Graphiker Moholy-Nagy und Herbert Bayer zur Seite standen.

Siebzehnjähriger auf der Straße niedergestochen.

In den gestrigen späten Abendstunden kam es vor dem Hause Danziger Straße 46 zu einer schweren Schlägerei zwischen mehreren jungen Burshen. Im Verlauf des Handgemenges wurde der 17jährige Gerhard Schneider aus der Elbinger Straße durch einen lebensgefährlichen Lungenstich niedergestochen. Sch. fand im Krankenhaus am Friedrichshain Aufnahme. Die Kriminalpolizei hat die Ermittlungen nach dem Täter aufgenommen.

Kinderjubiläum im Konsumwarenhause.

Die Berliner Konsumgenossenschaft hat den Kindern ihrer Mitglieder eine große unerwartete Freude bereitet: der Erfrischungsraum des Warenhauses in der Dranienstraße ist in eine feine Spielwiese umgewandelt worden. Und was das Allerfeinste ist: es gibt für die kleinen Jungen und die kleinen Mädchen, nachdem sie mit ihren Müttern den speziell für Kinderbekleidung und Kinderbedarf hergerichteten Verkaufsabteilungen einen Besuch abgestattet haben, in der Erfrischungsabteilung kostenlos Kakao und Kuchen. Auch heute, Mittwoch, findet noch dieser herrliche Kindertag statt und da eine Kiefelwanderung zu erwarten ist, so seien alle Mütter, die mit ihren Kindern hinziehen wollen, ermahnt, unbedingt ihre Mitgliedsausweise mitzunehmen.

Fürstentwälder Bürgermeisterfrau verschwunden.

Seit Freitag wird die Frau des Bürgermeisters Stoll-Fürstentwälder vermißt. Die Frau ist etwa 40 Jahre alt, 1,74 Meter groß, schlank und hat graues, fast weißes Haar. Frau Stoll litt seit längerer Zeit an Schwindel. Es wird vermutet, daß sie sich in einem Anfall entfernt hat und planlos umherirrt.

Das Fest der goldenen Hochzeit begeht heute unter alter Parteilgenosse Schunka, Berlin NO., Landsberger Allee 48, mit seiner Ehefrau.

Straßenterror der Nazis.

Schaufenstersturm in der Leipziger Straße restlos aufgeklärt.

Die unermüdbaren Nachforschungen der Polizei hinsichtlich der Ausschreitungen bei der Reichstagsöffnung am 13. Oktober 1930 haben einen glänzenden Erfolg gehabt. Es ist jetzt vollkommen einwandfrei festgestellt worden, daß die Zusammenrottung in der Leipziger Straße und der Friedrich-Ebert-Straße, das Einschlagen der Fensterscheiben und die Belästigung jüdisch aussehender Passanten von den Nationalsozialisten planvoll vorbereitet worden ist. Der Polizeipräsident teilt jetzt folgendes mit:

Die Ermittlungen nach den an den Ausschreitungen in der Friedrich-Ebert-Straße und Leipziger Straße anläßlich der Reichstagsöffnung am 13. Oktober 1930 beteiligten Personen haben außer den bereits früher festgestellten und verurteilten Tätern zum Abschluß der polizeilichen Ermittlungen und damit zur Anklageerhebung gegen fünf weitere Beteiligte geführt.

Drei der Beteiligten gehörten zur Zeit der Tat dem Sturm 4, der eine Beschuldigte dem Sturm 38 der NSDAP, an.

Bei sämtlichen Beschuldigten ist festgestellt, daß sie sich an den Ausschreitungen in der Friedrich-Ebert-Straße und Leipziger Straße und, mit Ausnahme des einen, insbesondere an dem Zertrümmern der Fensterscheiben des Cafés Dobrin und der Geschäfte in der Leipziger Straße aktiv beteiligt haben. Der eine Beschuldigte hat nach dem Einschlagen der Fensterscheiben aus dem Café Dobrin ein silbernes Sahnetännchen und einen silbernen Teller entwendet und später beide Gegenstände einer ihm bekannten weiblichen Person zugesteckt. Ein anderer dieser Beschuldigten hat außer seiner Beteiligung an dem Einwerfen von Schaufensterscheiben in der Leipziger Straße einen jüdisch aussehenden Herrn schwer mißhandelt. Die polizeilichen Untersuchungen haben als besonders bemerkenswert ergeben, daß

die Tumulte von einzelnen Gruppen der NSDAP, vorbereitet und planmäßig durchgeführt worden sind.

So ist nunmehr positiv festgestellt worden, daß sich an den Ausschreitungen in erheblicher Zahl Angehörige der SA, der NSDAP,

beteiligt haben. Zum Teil rüdten die Stürme geschlossen an. Die Angehörigen und insbesondere die arbeitslosen Mitglieder des Sturms 4 der NSDAP, sammelten sich, wie festgestellt worden ist, auf vorübergehende Anordnung des Sturmführers am 13. Oktober 1930 um 13 Uhr in einem Verkehrslokal der NSDAP in Wilmersdorf und fuhrten von dort aus geschlossen zur inneren Stadt. Das Fahrgeld wurde der Parteilasse entnommen. Zur Verstärkung der Berliner SA war

auch ein größerer Trupp Angehöriger des Sturms 38 aus Brandenburg an der Havel,

zu dem auch der eine Beschuldigte gehörte, eigens zu diesem Tage nach Berlin gekommen und hat sich an den Ausschreitungen beteiligt. Das Vorgehen der einzelnen Stürme bei den Tumulten erfolgte zum Teil geschlossen und unter einheitlicher Leitung. So haben sich bei den schweren Ausschreitungen am Café Dobrin besonders die Stürme 4, 9 und 13 geschlossen beteiligt.

Es ist damit zu rechnen, daß die fortgeführten Ermittlungen noch weitere interessante Aufschlüsse über die Hintergründe der Vorgänge am 13. Oktober 1930 bringen werden.

Naziführer kriminell.

Ein ungeheurer Steuerobersretär fristlos entlassen.

Weimar, 12. Mai.

Das Sonneberger Finanzamt teilt mit, daß der Ende der zwanziger Jahre stehende, aus Magdeburg stammende verheiratete Steuerobersretär Friz Jahncke wegen Unregelmäßigkeiten fristlos und ohne Pensionsanspruch entlassen worden ist, nachdem er den veruntreuten Betrag zurückgezahlt hat. Jahncke, der inzwischen aus Sonneberg verschwunden ist, hat fortlaufend Tagesgelder zu Unrecht liquidiert. Der Vorfall ereigt in Sonneberg und in ganz Süd-Thüringen großes Aufsehen, zumal Jahncke eine führende Persönlichkeit in der Nationalsozialistischen Partei war. Er war Vorsitzender der Sonneberger Ortsgruppe und Redakteur des „Beobachters für die Kreise Sonneberg und Hildburghausen“.

Eisenbahnunglück!

Zwei Expreszüge zusammengestoßen. — Zwölf Tote!

New York, 12. Mai.

Nach einer Meldung aus Rio de Janeiro stehen in der Nähe der Stadt auf der Station Merity zwei Expreszüge zusammen. Soweit bisher feststeht, wurden 12 Personen getötet und 35 verletzt.

Verkehr am Himmelfahrtstag.

Auf der Stadtbahn alle zwei Minuten ein Zug.

Für den Straßen-Verkehr am Himmelfahrtstag auf der Stadt-, Ring- und Vorortbahn hat die Reichsbahndirektion Berlin umfassende Vorbereitungen getroffen. Außer den fahrplanmäßigen Zügen werden der Berliner Bevölkerung 500—600 Sonderzüge für Ausflüge ins Freie zur Verfügung stehen. Auf der Stadtbahn wird alle zwei Minuten ein Zug fahren und auf den elektrischen Vorortstrecken, besonders zwischen Berlin und Wannsee, Friedrichshagen und Grünau, wird der Fünfminutenverkehr eingerichtet werden. Ferner sind für den Verkehr von Berlin nach den Ausflugszielen genügend Einschläge vorgesehen worden, insbesondere zur Baumbüchse auf der Strecke Berlin-Potsdammer Fernbahnhof nach Werder 100 Züge. Der Rückverkehr auf diesen Strecken wird nach Bedarf im Zehnminutenverkehr bedient werden. Nach Scharnhöhe und zurück sollen drei direkte Züge als Verstärkung gefahren werden. Der sein Himmelfahrtstag weiter gesteckt hat, dem die Sonntags-Rückfahrkarten; sie gelten von Mittwoch 12 Uhr bis Freitagmorgen 9 Uhr.

1000 Kilometer in drei Stunden.

Glanzleistung eines amerikanischen Fliegers.

Der amerikanische Rekordflieger Frank W. Hawks, der am Dienstag um 12 Uhr in London startete, landete um 14 Uhr 55 Minuten, also nach noch nicht drei Stunden, auf dem Tempelhofer Flughafen. Hawks hat damit eine beispiellose Leistung vollbracht, indem er die rund 1000 Kilometer lange Luftstrecke mit 330 Kilometer Stundengeschwindigkeit zurücklegte. Dem Flieger wurde ein begeisterter Empfang von zahlreichen Angehörigen der hiesigen amerikanischen Kolonie bereitet.

Zanowibridge wird montiert.

Den Berlinern wird mit der demnächst erfolgenden Montage der neuen 72 Meter langen Zanowibridge ein interessantes, technisches Schauspiel geboten werden. An Stelle von Gerüsten im Strombett, die die Schiffahrt behindern würden, werden am Kanalufer zwei große Montageträger aufgestellt, die an zwei aufeinanderfolgenden Sonntagen mit Hilfe von zwei Kränen „eingeschwommen“ werden. Auf diesen Trägern ruht ein großer, 60 Meter hoher Portaltraher, mit dessen Hilfe dann die Brücke montiert wird. Die Eisenkonstruktion soll noch in diesem Jahre fertiggestellt werden. Die neue Zanowibridge ist eine auf zwei Hauptträgern ruhende Bogenbrücke.

Flugzeug in Lichtleitung verbrannt.

Graudenz, 12. Mai.

Ein polnisches Militärflugzeug verunglückte auf schreckliche Art. Es flog in die Starkstromleitung eines in der Nähe der Stadt gelegenen Elektrizitätswerkes und stürzte brennend in die Weichsel. Der Flieger, ein polnischer Major, büßte dabei sein Leben ein. Infolge der Zerstörung der Drähte war die Stadt Graudenz drei Stunden ohne Licht.

Flußbad Lichtenberg.

Neueröffnung am 14. Mai. — Rängenbergs warme Quellen.

Die herannahende Sommerzeit mit ihrem in Berlin erfreulich starken Freibadebetrieb läßt es angezeigt erscheinen, schon jetzt auf die Gefahren hinzuweisen, die mit dem Baden an unbeaufsichtigten und an verbotenen Stellen verknüpft sind. Der Mangel an Hilfseinrichtungen, plötzliche Tiefe im Flußbett, Verjüngung und Verkrüftung des Bodens oder plötzliche Steilheit der Ufer geben häufig Anlaß zu Unglücksfällen, die in den letzten Jahren einen erheblichen Umfang angenommen haben. Aufgestellte Warnungs- und Verbotstafeln, die auf die Gefährlichkeit des Badens an solchen Stellen hinweisen, müssen daher unbedingt beachtet werden.

Die Berliner sind nicht auf die Benutzung gefährlicher Baderstellen angewiesen. Dank sozialdemokratischer Arbeit gibt es die zahlreichen städtischen Freibäder, die bei ihrer mäßigen Gebühr von jedermann besucht werden sollen. Im Bezirk Lichtenberg befindet sich das vorbildliche städtische Flußbad an der Köpenicker Chaussee, neben dem Großkraftwerk Rängenberg. Das Bad ist mit der Straßenbahnlinie 13 oder mit einem Motorboot (Erwachsene 15 Pf., Kinder 10 Pf.) vom Motorboothafen Hauptstraße 1 direkt zu erreichen. Die Anlage bietet nicht nur Wasserfreunden reichlich Gelegenheit zum Baden und Schwimmen, sondern auch den Besuchern, die auf der 26 000 Quadratmeter großen Strandfläche Sonnenbäder nehmen wollen. Eine Barwasser-Bräuseanlage sowie Fußwischbetten vor den Garderobenhallen sorgen weiter für die Bedürfnisse der Besucher. Für Kinder ist ein großes Planschbecken geschaffen.

Der Tod auf den Schienen.

Fürstentwälder, 12. Mai (Eigenbericht).

Am Montagabend hat der 21jährige Friseur Theodor Bergmann auf furchtbare Weise Selbstmord verübt. Er entfernte sich gegen Mittag von seiner Arbeitsstelle, gab in einem benachbarten Restaurant einen Brief mit dem Bemerkten ab, ihn erst nach einer halben Stunde zu öffnen. In dem sofort nach dem Weggehen des B. geöffneten Brief äußerte dieser Selbstmordabsichten. Sofort angestellte Ermittlungen über seinen Verbleib waren leider erfolglos. In den Abendstunden warf sich B. in der Nähe der Waldschänke vor den Zug der Kleinbahn und wurde getötet. Die Ursache dürfte in der geistigen Verwirrung als Folge eines früher erlittenen schweren Motorradunfalls zu suchen sein.

Zu den Verhaftungen wegen der Unterschlagungen bei der Landesaufnahme wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß die Angelegenheit nunmehr der Staatsanwaltschaft übergeben worden sei, die die Angelegenheit beschleunigt behandeln werde.

Sport.

Rennen zu Korfhorst am Dienstag, dem 12. Mai.

1. Rennen. 1. Rißgriff (Wolf), 2. Bernisch, 3. Kücken. Toto: 16:10. Wäh: 12, 17, 28:10. Ferner liefen: Ana, Kusleier, Meane, Juditt.

2. Rennen. 1. Reuplatz (C. Ruppert), 2. Eva, 3. Tamula. Toto: 35:10. Wäh: 18, 11, 19:10. Ferner liefen: Meute, Blanco, Khenus, Sineis, Struß.

3. Rennen. 1. Spilweg (Endre), 2. Helman, 3. Tambur. Toto: 65:10. Wäh: 19, 29, 19:10. Ferner liefen: Brudon, Ferrus, Gullband, Wamere, San Domenico, Gradina (gel.), Nadel.

4. Rennen. 1. Bigor (Dr. Liebrecht), 2. Lobland, 3. Regan. Toto: 22:10. Wäh: 15, 22:10. Ferner liefen: Loh, Kämbe.

5. Rennen. 1. Blanter Hans (Göb), 2. Patriarch, 3. Gebelaine. Toto: 20:10. Wäh: 15, 15:10. Ferner liefen: Bienen, Ostfranke, Salm-aron.

6. Rennen. 1. Warburg (Wolf), 2. Kriegspiel, 3. Veterillo. Toto: 69:10. Wäh: 29, 21, 48:10. Ferner liefen: Wächterland, Kolo, Leifer.

7. Rennen. 1. Kalor (R. Dreißig), 2. Leonatus, 3. Scharah.

Toto: 21:10. Drei liefen.

Für jedes Haar selbst für
das hellste
Blond
PIXAVON-Shampoo kein Nachwaschen mit Säurepulver
Beutel 258

Lohnhöhe und Maschinen.

Voraussetzungen sinnvoller Rationalisierung.

In Heft 4 des Jahrgangs 1931 der W.B.F.-Mitteilungen (Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit) finden sich Zahlenangaben darüber, wie hoch in verschiedenen Ländern das in Maschinen und Einrichtungen festgelegte Kapital ist, das auf einen Arbeiter entfällt.

Auf einen produktiven Arbeiter (Beschäftigte nur im Betrieb) kommen in

den Vereinigten Staaten . . .	21 806 M. Maschinensapital
Deutschland	6 413
Frankreich	6 128
England	6 014
Italien	4 222

Es zeigt sich also, daß in den Vereinigten Staaten mehr als dreimal soviel Kapital je Arbeiter investiert wurde als in Deutschland. Das ist nicht ein Zeichen besonderer Rückständigkeit der deutschen Industrie gegenüber der amerikanischen, sondern der sichtbare Ausdruck dafür, daß Amerika hohe Löhne und niedrige Zinssätze, Deutschland aber niedrige Löhne und hohe Zinssätze aufzuweisen hat. Aber nur bei hohen Löhnen und bei niedrigem Zinssatz ist eine Vermehrung des Anlagekapitals sinnvoll. Beide Voraussetzungen waren in Deutschland in der Nachkriegszeit nicht gegeben.

Für den Zusammenhang privater deutscher Wirtschaftskreise und technischer Rationalisierung wird man daraus schließen dürfen, daß die deutschen Unternehmer zuviel Kapital in Gestalt von neuen Maschinen und Anlagen in die Betriebe steckten zu einer Zeit, da die Löhne niedrig (im Vergleich zu England, erst recht zu Amerika) und die Zinssätze hoch waren. Notwendigerweise mußten die Kosten für Abschreibungen und Verzinsung des Kapitals die Ersparnisse an Lohn für die „freigesetzten“ Arbeiter übersteigen, also gerade auch die stark „rationalisierten“ Betriebe in Schwierigkeiten bringen.

Beachtlich ist auch die Tatsache, daß der Kapitalbetrag des festen Kapitals in Frankreich etwas höher als in England ist. Im übrigen sei hervorgehoben, daß die Zahlen für Deutschland, Frankreich und England kaum voneinander abweichen, also den Gegensatz von Europa zu den Vereinigten Staaten deutlich herausheben.

Für Deutschland sind dann noch die Zahlen für die Maschinenindustrie besonders mitgeteilt; danach entfielen auf einen produktiven Arbeiter

in der ganzen Maschinenindustrie	7000 bis 8000 M. Maschinensapital
aber in der Elektroindustrie . . .	8000 . . . 10000 . . .
„ „ Fahrzeugindustrie	8000 . . . 9000 . . .
„ „ Textilindustrie	6000 . . . 7000 . . .

Die Elektroindustrie hat also den höchsten Betrag festen Kapitals je Arbeiter aufzuweisen.

Belebter Braunkohlenabsatz.

Kräftige Halbenräumung im Gange.

Nach den Mitteilungen des Rheinischen Braunkohlen-Syndikats haben sich die Absatzverhältnisse in den letzten Wochen bedeutend gebessert, namentlich mit dem Inkrafttreten der Sommerabgabe ab 1. April hat sich der Verkauf belebt. Die großen Händlerbestände können nunmehr als völlig geräumt angesehen werden, denn die Absatzbelegung ist zum guten Teil auf die Eindeckung der Händler zurückzuführen. — Die Britentzettel bei den Werken, die Ende Dezember über 800 000 Tonnen betragen, konnten um weit mehr als die Hälfte bis auf 380 000 Tonnen geräumt werden. Das Rheinische Braunkohlensyndikat hat in dem am 31. März abgeschlossenen Geschäftsjahr 1930/31 verhältnismäßig sehr günstig abgeschlossen, denn der Gesamtumsatz verringerte sich nur um 9 Proz. von 11 auf 10 Millionen Tonnen.

Reichsbahn und Waggonbau.

Ausführungen aus der Linke-Hofmann-Generalsversammlung.

Die Generalsversammlung des ostdeutschen Waggonzerns der Linke-Hofmann-Werke A.-G., Breslau, genehmigte den Abschluß für 1929/30 und setzte die Dividende auf wieder 5 Proz. fest.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Kommerzienrat Busch-Bauchen, machte im Hinblick auf die letzten Diskussionen über das Verhältnis der Reichsbahn zur Waggonindustrie bemerkenswerte Ausführungen. Er erklärte, daß der Vertrag mit der Reichsbahn sich für beide Teile als vorteilhaft erwiesen habe. Wenn nicht alle in diesem Vertrag liegenden Möglichkeiten ausgenutzt werden könnten, so sei daran doch ausschließlich die herrschende Katastrophenkonjunktur schuld. Dessenungeachtet habe sich

Der Wiener Bankfrach.

Der Staat muß retten. — Das Ende von Rothschilds Macht.

Unsere mit großen Konzernzusammenbrüchen geeignete Zeit ist um einen Bankfrach reicher. Das Besondere an diesem Fall ist, daß die Deffektivität erst davon erfuhr, als die Sanierung bereits durchgeführt war.

Die Oesterreichische Kreditanstalt für Handel und Gewerbe in Wien hat Verluste erlitten, die das Aktienkapital bedeutend überschreiten. Dieses Unternehmen ist nicht nur die größte Bank Oesterreichs, sondern ist zugleich noch das wichtigste Bankunternehmen für die Nachfolgestaaten, dessen sich die Großfinanz der ganzen Welt bei großen Kreditationen stets bediente. Hätte nicht der österreichische Staat so schnell und so erfolgreich eingegriffen, der Zusammenbruch weitester Kreise der österreichischen Wirtschaft, der Verlust jeden Kredit im Ausland wäre unvermeidlich gewesen.

Rothschild geht — der Staat kommt:

Das ist mehr als ein Symptom. Wenn der Privatkapitalismus die Existenz der Gesamtwirtschaft in Gefahr gebracht hat, dann bleibt die Hilfe der vielgeschmähten „öffentlichen Hand“ als letzte Rettung.

Was aber ist geschehen? Die Oesterreichische Kreditanstalt hat noch im Vorjahre eine Dividende von 8,5 Proz. (nach 10 Proz.) auf ihr Kapital von 125 Millionen Schilling (ein Schilling = 30 Pf.) verteilt. Noch vor wenigen Tagen wurde die Meldung verbreitet, man könne mit einer Dividende von 3 Proz. für das Geschäftsjahr 1930 rechnen — das überraschende tatsächliche Ergebnis aber lautet:

140 Millionen Schilling Verlust!

Beherrscht wurde die Kreditanstalt von der Wiener Familie Rothschild, ihr Präsident war Louis Rothschild. Sie ist an einem Duzend europäischer Banken und Finanzierungsanstalten beteiligt; sie besitzt Aktienpakete von etwa 80 Industriegesellschaften, von denen fast die Hälfte im Ausland — hauptsächlich in den Nachfolgestaaten — ihren Sitz haben. Seit der Übernahme der zusammengebrochenen Bodenkreditanstalt im Herbst 1929 beherrscht sie ferner das österreichische Realkreditgeschäft. Doch ohne ein Eingreifen des Staates die österreichische Wirtschaft diese Pleite

mit einer Serie schwerster Zusammenbrüche

hätte bezahlen müssen, läßt die Höhe der fremden Gelder, die im letzten Jahr 1,4 Milliarden Schilling erreichten, wie der Stand der Forderungen von 1,5 Milliarden Schilling erkennen. In diesen Zahlen prägt sich die überragende Stellung dieses Instituts für Oesterreichs Volkswirtschaft aus.

Wie konnte es überhaupt zum Zusammenbruch kommen? Zweifellos hatte die bisherige Verwaltung den Ueberblick über ihr rasch ausgedehntes Geschäft bis zu einem gewissen Grade verloren. Sonst hätte man einen Teil der Verluste schon früher beseitigt. Dazu kamen die Auswirkungen der Weltkrise, die sich in

schwersten Kursverlusten an den internationalen Börsen, im Rückgang der industriellen Tätigkeit in Oesterreich besonders scharf ausprägten. Schließlich ist die österreichische Volkswirtschaft seit den Friedensverträgen von ihrem wirtschaftlichen Hinterland, von ihren natürlichen Absatzgebieten abgeschnitten, in der heutigen Isolation („Selbständigkeit“) einfach nicht lebensfähig.

Von den Verlusten entfallen 60 Millionen Schilling auf die alten Geschäfte der Bodenkreditanstalt; 80 Millionen Schilling Verlust sind also auf dem eigentlichen Geschäftsgebiet der Kreditanstalt entstanden. Die Kursrückgänge an der Börse verursachten Verluste von 35 Millionen Schilling; um soviel muß der Wert des großen Bestandes an Börsenpapieren heruntergeschrieben werden. Und 45 Millionen Schilling Verlust kommen auf uneinbringliche Forderungen — darin dokumentiert sich die Notlage der österreichischen Industrie.

Die Sanierung ist in drei Tagen durchgeführt worden:

Der Staat beteiligt sich mit 100 Millionen Schilling, Rothschild und die Nationalbank (staatslich) mit je 30 Millionen Schilling. Das sind also neue Mittel in Höhe von 160 Millionen. Das alte Kapital wird um 25 Proz., d. h. also von 125 auf 94 Millionen Schilling herabgeschrieben, wodurch 31 Millionen frei werden; die Reserven von 40 Millionen werden aufgelöst, aus den neuen Mitteln werden 69 Millionen zur Tilgung des Verlustes verwendet. Für den anderen Teil der neuen Mittel (91 Millionen) werden neue Vorzugsaktien ausgegeben, so daß das ganze Kapital der Kreditanstalt sich nach der Sanierung auf 185 Millionen beläuft.

Damit wird der österreichische Staat Großaktionär der Kreditanstalt. Die nötigen Mittel sollen durch Ausgabe langfristiger Schatzscheine aufgebracht werden. Die Annahme eines entsprechenden Ermächtigungsgesetzes durch den Nationalrat scheint sicher. Ob diese Schatzscheine im Inland oder im Ausland zur Zeichnung aufgelegt werden sollen, ist noch nicht bekannt. Jedenfalls werden schon Vertreter der Bank für internationalen Zahlungsausgleich (B.I.) in Wien, um gegebenenfalls die Kapitalbeschaffung durch das Ausland vorzubereiten.

Mit dem Erwerb der Aktienmehrheit an der Kreditanstalt wird auch die Leitung und die Kontrolle der Bank auf den Staat übergehen. Da die Kreditanstalt mit ihren großen Aktienpaketen nahezu zwei Drittel der österreichischen Industrie beherrscht, gewinnt der Staat mit einem Schlag auch die Kontrolle über den größten Teil der Industrie.

Das ist also eine überragende „kalte“ Sozialisierung.

Allerdings hat die Regierung vorläufig die Absicht, die Aktienmehrheit der Kreditanstalt und damit die Kontrolle über die Industrie nur „vorübergehend“ zu behalten. Man wird es ihr auch nicht verdenken können, wenn sie abwartet, ob aus diesem Geschäft, das unter so dramatischen Umständen zustande kam, nicht neue Verluste erwachsen.

der Betrag doch so günstig ausgewirkt, daß seine Erneuerung gesichert sei. Man denke sogar daran, den Liefervertrag zwischen Reichsbahn und Waggonbau, der bisher nur auf fünf Jahre lief, auf eine längere Zeit abzuschließen. Von Differenzen zwischen Reichsbahn und Industrie, die sich auf Grund des jetzt ablaufenden Vertrages ergeben hätten, könne nicht die Rede sein.

In Ergänzung des Jahresberichts führte der Vorsitzende noch aus, daß sich die Betriebslage gegenwärtig weder verbessert noch verschlechtert habe. Bei der Verfassung des deutschen Geld- und Kapitalmarktes bereite aber die Finanzierung der vorliegenden Aufträge ganz erhebliche Schwierigkeiten.

Schwere Südamerika-Fahrt.

Zum Abschluß der Hamburg-Südamerika-Linie.

Wir haben bereits gestern an die Meldung von dem Vertragsabschluß zwischen der Hamburg-Südamerika-Linie und der Hapag-Flagg-Union die Feststellung geknüpft, daß die bisher einem Schiffsfahrtszusammenschluß so sehr abgeneigte Hamburg-Süd-A.-G. offenbar auf Grund der schweren Schiffsfahrtskrise dem Vertrag zugestimmt habe.

In dem jetzt bekanntgegebenen Abschluß- und Geschäftsbericht dieser Gesellschaft findet diese Annahme ihre volle Bestätigung. Die Hamburg-Süd, die ausschließlich im Südamerika-Dienst tätig ist, konnte den außerordentlich starken Frachtaussfall, der sich infolge der Agrarkrise und der politischen Unruhen besonders im

Verkehr mit den südamerikanischen Staaten fühlbar machte, nicht auf anderen Linien ausgleichen, wie dies der Hapag oder dem Norddeutschen Lloyd möglich war. Da im einzelnen die Ausfuhr Argentiniens an Lebensmitteln von 14 auf 8 Millionen Tonnen zurückging und von den brasilianischen Häfen ein Teil infolge der revolutionären Unruhen für den Schiffsverkehr überhaupt geschlossen war, und schließlich auch noch der Einwandererverkehr nach Südamerika durch strenge Prohibitionsmaßnahmen fast gänzlich unterbunden wurde, sah sich die Reederei genötigt, im Berichtsjahr einen Teil ihrer nicht benutzbaren Dampfer aufzuliegen.

Dieser Verkehrsstrife entsprechend ging der Betriebsgewinn der Gesellschaft auf 6,6 Millionen, also um rund 50 Proz. gegen 1929, zurück. Der kleine Reingewinn von 1935 wartet nur mit Hilfe stark zurückgesetzter Abschreibungen auf die Flotte errechnet worden.

Stark beanspruchte Kreditversicherung.

Die Krise mit ihren massenhaften Zusammenbrüchen und Zahlungseinstellungen hat die Kreditversicherungs-Unternehmen naturgemäß stark beansprucht. So muß auch die Hermes Kreditversicherungsbank A.-G., Berlin, erstmalig seit 1924 auf eine Dividende verzichten, nachdem sie in den letzten Jahren regelmäßig 10 und 12 Proz. an ihre Aktionäre auszahlen konnte. Der ausgewiesene Reingewinn für 1930 ist mit rund 85 500 M. auf ein Fünftel des durchschnittlichen Reingewinns in den beiden Vorjahren zusammengeschrumpft.

Aus der größten deutschen Schuhfabrik

der billigste Weg

zur Salamander Verkaufsstelle



Unsere 4 Preise:
12.⁵⁰ 15.⁵⁰ 18.⁵⁰ 21.⁵⁰



SALAMANDER

Betrug an der Sozialversicherung.

Noch immer kein Schutz für die Versicherten.

Immer mehr häufen sich die Fälle, in denen Arbeiter und Angestellte durch die Nichtabführung eingegangener Sozialversicherungsbeiträge von betrügerischen Unternehmen geschädigt werden. Mit einer gewissenhaftigkeit ohne gleichen merden diese Beiträge unterschlagen. Der Betrug an der Sozialversicherung wird allmählich zur Epidemie. Bei den Gewerkschaften laufen Tag für Tag neue Klagen ein, neuerdings besonders aus der Textilindustrie. Aber nicht nur in der Industrie — auch in der Landwirtschaft grassiert der Sozialversicherungsbetrug, wie folgende neue Fälle zeigen:

In Klein-Bodel (Pommern) wurde festgestellt, daß ein Rittergutsbesitzer an Beiträgen für die Invalidenversicherung vom 3. Juli 1927 bis zum 1. September 1929 im ganzen 4961,40 M. schuldet. Es kam zur Zwangsversteigerung des Gutes, wobei der genannte Betrag ausfiel. Die Landesversicherungsanstalt bemühte sich auf Drängen des Deutschen Landarbeitersverbandes, von dem Gutsbesitzer etwas zu erhalten. Alle Bemühungen waren umsonst, und jetzt teilt die Landesversicherungsanstalt mit, daß die Anwartschaft der in Frage kommenden versicherten Landarbeiter gefährdet sei.

Der Besitzer der Güter Peterswalde und Mariental (Kreis Uckermark) in Pommern hat für die bei ihm beschäftigten Frauen überhaupt keine Invalidenmarken geklebt. Jetzt heißt es von dem Gute Mariental, es werde zwangsversteigert.

Vom Kreis Belgard verlautet, daß dort 10 Betriebe mit rund 5000 M. Invalidenbeiträgen in Rückstand sind; darunter auch das Gut B., das sich in Zwangsverwaltung befindet. Es ist am Rückstand allein mit 8900 M. beteiligt.

Das sind skandalöse Zustände! Die Arbeiter haben das Recht, da die eingehaltenen Beiträge in Zwangsversteigerungsverfahren nicht ohne weiteres als vorberechtigte Forderungen gelten. Wollen die Arbeiter nicht nachzahlen, dann gehen sie ihrer in der Invalidenversicherung erworbenen Rechte verlustig. Den Landarbeitern fällt schon die einmalige Zahlung der Invalidenbeiträge schwer. Wie sollen sie zweimal den Beitrag aufbringen?

Eine Ergänzung des Gesetzes über Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung in der Form, daß Sozialbeiträge gleichfalls als vorberechtigt zu gelten haben, ist unbedingt notwendig. Die Kontursordnung bietet die Möglichkeit, nicht abgeführte Sozialbeiträge bei Kontursverfahren zu holen. Was hier möglich ist, mußte auch bei dem Gesetz über Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung möglich sein.

„Volksfürsorge“ fördert Wohnungsbau

Der Vermögensbestand und die Kapitalanlagen Ende 1930.

Nach vorläufig bekanntgewordenen Zahlen hat die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volksfürsorge in Hamburg im Vorjahre an Prämien und Kapitaleträgen rund

59 Millionen M. vereinnahmt, obwohl die allgemeine Wirtschaftslage auch auf die Volksfürsorge nicht ohne Einfluß geblieben ist. Der Vermögensbestand betrug am 31. Dezember 1930 rund 131,9 Millionen M. Er verteilt sich wie folgt:

Grundbesitz	4,3	Millionen Mark
Hypotheken	79,7	„
Kommunalanleihen und Wertpapiere	42,3	„
Bankguthaben	5,6	„

Der größte Teil der Hypotheken und Kommunalanleihen wurde in Kleinwohnungsbauten gemeinnütziger Genossenschaften und zur Förderung der gemeinnützigen und sozialen Bestrebungen der Arbeiterbewegung auf dem Gebiete der Selbsthilfe angelegt. Beide Positionen umfassen mit 122 Millionen M. fast 90 Proz. der gesamten Kapitalanlage. Aus diesen Zahlen geht die große Bedeutung der Volksfürsorge für die Kapitalbeschaffung deutlich hervor.

Leistungen im 1. Quartal 1931.

Die Leistungen der „Volksfürsorge“, gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-A.G., sind dauernd im Steigen. Im ersten Quartal 1931 gelangten für 2540 Sterbefälle 915 825 M. zur Auszahlung. Die Versicherungsleistungen des Unternehmens werden sich in der nächsten Zeit zweifellos noch weiter erhöhen, weil der Versicherungsbestand in den letzten Jahren stark angewachsen ist und damit auch die Versicherungsfälle zahlreicher werden.

Theater, Lichtspiele usw.

Mittwoch, 13. 5.
Staats-Oper
Unter d. Linden
254. A.-V.
20 Uhr
Tanzschi. Venus Serzi - Harald Kn. - Burg
Le train bleu
Die Planeten
Ende g. 22 Uhr

Mittwoch, 13. 5.
Städt. Oper
Bismarckstr.
Turnus II
19 1/2 Uhr
Hoffmanns
Erzählungen
Ende 22 1/2 Uhr

Mittwoch, 13. 5.
Staats-Oper
Am Platz der Republik.
19 1/2 Uhr
Die Hochzeit
des Figaro
Dellmi. Karlsruherhof
Ende 22 1/2 Uhr

Mittwoch, 13. 5.
Städt. Schausp.
Am Bismarckmarkt.
218 A.-V.
20 Uhr
Der blaue
Bohl
Ende n. 23 Uhr

Mittwoch, 13. 5.
Städt. Schiller-Theater, Charlthg.
20 Uhr
Nathan der Weise
Ende gegen 23 Uhr

8 Uhr 15
Flora 3434, Rauchen erl.
Winter
Garten

Programm
hervorragend!
*
Dayelma-Ballett
Original
Pariser Cancan
Kuban-Kosaken-Chor
2 Alvarez. Levanda.
Bil u. Bil. 2 Dakotas.
2 Boods. Carl Braun
uaw.

SCALA PLAZA

Barbarossa 1926
Tägl. 8 u. 8 1/2 Uhr
So. 10 P. 11. 11-14 M.
Umst. big. Alfred
Jackson Girls
Togo, Peter, Pief,
Zellini, Lord Aia
uaw

Wühler 7. 401
Täglich 8 und 8 1/2
Sonntags 2, 5, 8
So. 10 P. 11. 11-12 M.
Setale 3 Cage!
3 W ere Bros.
Ballett Gérard
u. weitere Sensationen.

GROSSES SCHAUSPIELHAUS
Täglich 8 Uhr. Im welschen Hofstr.
In der Premierenbesetzung nur noch 3 Wochen
Regie: Erik Charoff.

Reichshallen-Theater
Allabendlich 8 Uhr
Stettiner
Sänger
Das wunderbare
MAI-PROGRAMM.
Populäre Preise.

8 1/2 Uhr **CASINO-THEATER** 8 1/2 Uhr
Lehringer Straße 57.
Montag letzte Vorstellung vor
den Sommerferien
Graf Koks
und das bunte Programm.
Bühnig: Sommerpreise: Bühnig!
0,50, 0,75, 1.— Mk. bis 1,50 Mk.
Ab 19. Mai geschlossen.

Komische Oper
8 1/2 Uhr
Alt-Heidelberg
Lude English.
Westermeyer, E. J. Moebk,
Paskerl

Barnowky-Bühnen
Theater in
der Stromenstr.
Täglich 8 1/2
Gestern u.
Heute

Komödienhaus
Täglich 8 1/2 Uhr
Schwengels
mit Felix Bressart
und Rosa Valetti

Neues Theater
am Zoo
Am Bahnh. Zoo, Stpl. 6554
Täglich 8 1/2 Uhr
zum vorletzten Mal
Voruntersuchung
von Max Alsborg u.
Otto Ernst Heise

ROSE
THEATER

Nur kurze Zeit!
„Die fünf
Frankfurter“
Lustspiel von Carl Rösler
Dienstag bis Freitag 8 1/2
Sonabend 7 1/2 10 1/2
Sonntag 2 30 5 45 8 00

Eröffnung des Rose-Gartens
am 1. Pfingstfesttag
An beiden Feiertagen
600 des traditionellen Frühkonzert
mit Variété
500 nachm. Konzert, Variété
u. d. Operettenschwank:
„Das Liebesverbot“

Große Frankfurter Straße 133
U-Bahn Strausberger Platz
6 stägiger Vorverkauf täglich
von 11—1 Uhr und 4—9 Uhr
Telefonische Bestellungen:
E 7 Weichsel 3422

metropol-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Die Toni
aus Wien
Mady Christians,
Michael Bohnen

Theater d. Westens
Täglich 8 1/2 Uhr
Nur bis 16. Mai
Kurzes Gastspiel
mistinguet
mit ihrem eigenen
Revueensemble

HAUS WATERLAND
Kempinski

Verpflegung
Restaurant
Berlins
BETRIEB
KEMPINSKI

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
8 Uhr
Die Ehe
Staatl. Schiller-Th.
8 Uhr
Nathan
der Weise
Staatsoper
Am Pl. d. Republik
7 1/2 Uhr
Die Hochzeit
des Figaro

Deutsches Theater
8 Uhr
Der Hauptmann
von Köpenick
v. Carl Zuckmayer
Regie: Heinz Hilpert

Die Komödie
8 1/2 Uhr
Dienst
am Kunden
von Carl Bois und
Max Sannan
Regie: Hans Dappé

Karlsruhendam-
Theater
Bismarck 449
8 1/2 Uhr
Alles
Schwindel
von Maximal Schiller.
Musik von
Mische Spoliansky.
Regie: Gustaf Strömberg

Lustspielhaus
Tägl. 8 1/2 Uhr
Das Spiel
mit dem
Feuer.

Lessing-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Husarenlieber

Elite-Sänger
Kontubuser Str. 6
Täglich
8 1/2 Uhr
jm
Rosengarten
der Liebe
Vorher:
Hilf ersicht. Solist.

Theater im
Admiralpalast
Täglich 8 1/2 Uhr
Der lustige
Krieg
Oehmman, Ahlers,
Trautenhain u. G.
Schollwer, Lilien

Spitzpumpen
von Selbstverleihen
Pflanzpumpen,
Schlepp- u.
Krüger
& Luthman
Pneumatik
Hans Friedländer, 105/107
W. u. B. Hof, Jannowitzstraße

LIEBE.

Durch
Fisch

gesund
und
frisch

Verlangen Sie kostenlose Zufendung eines Seelischbuches
vom Reichsleischfischschuß, Berlin SW 66, Wilhelmstr. 100.

Allen Genossinnen, Genossen, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, meine beste Kameradin in Freud und Leid

Marie Maderholz
Montag früh 3 Uhr im 45. Lebensjahre nach schwerem
Leiden verstorben ist.
Der tiefgebeugte Gatte **Georg Maderholz**
Schönhauser Allee 99-100.

Die Einäscherung findet am Freitag, dem 15. Mai,
18 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

Für die herzlichste Teilnahme bei der Trauerfeier meiner lieben Frau

Clara Rogge
sage ich auf diesem Wege allen Verwandten, Freunden und Bekannten, dem Redner vom Friedhofenverband und dem Kollegen Rempel für ihre trotzigen Worte, sowie allen Bekannten, Kollegen und Kolleginnen, den Genossen der 187. Abteilung der SPD. meinen tiefgefühlten Dank.

Fritz Rogge.

Deutscher Textilarbeiter-Verband
Verwaltungsmittglieder!

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unter langjähriges Mitglied und früherer Geschäftsführer der Ortsgruppe Berlin, Kollege

Peter Wintzen
am 2. Mai nach schwerem Leiden im 71. Lebensjahre verstorben ist.

Seine letzten Wünsche!

Die Einäscherung findet am Sonnabend, dem 16. Mai, mittags 4 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße, statt. Regge Beteiligung wird erwartet.

Die Ortsverwaltung.

Am Sonnabend, dem 9. Mai, entfällt nach kurzem schweren Leiden, mein lieber Mann, unser guter Vater, Sohn und Bruder, der Arminianer

Marlin Dreger
im Alter von 84 Jahren.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Charlotte Dreger, geb. Richter,
Günther und Klaus

Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 13. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Sanitäts-Gewerkschaftshofes, Wilhelmstr. 100, statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsmittglieder!

Freitag, den 15. Mai, letzte Sitzung der Berliner Bezirksleitung.

Unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß

Donnerstag, den 14. Mai 1931
(Pfingstfeiertag) unsere geliebten Büroräume geschlossen sind.

Walzwerkerbeiter!

Die Vertrauensmänner-Sitzung des Walzwerkerbeites (SW) Donnerstag, den 14. Mai, ebenfalls aus.

Die Ortsverwaltung.

Kleine Anzeigen
wirkungsvoll und billig

Überhaupt 25 Pf., Tageszeit 12 Pf., Wiederholungen pro Zeile 10 Pf., 20 mal oder 1000 Worte 10 Pf., 5000 Worte 15 Pf., 10000 Worte 20 Pf. (Schlagzeile) Überhaupt 15 Pf., Tageszeit 10 Pf., Wiederholungen pro Zeile 8 Pf., 20 mal oder 1000 Worte 8 Pf., 5000 Worte 12 Pf., 10000 Worte 16 Pf.

Verkaufe
Kopplöhns
Guttes, Berlin, seit 40 Jahren nur Oranienstr. 158. Abt. lungserleichterung ohne Aufschlag. Spezialkataloge kostenlos.

Blumenspenden
jeder Art liefert preiswert
Paul Golletz
vormals Robert Meyer
Mariannenstr. 3
F 8, Oberbaum 1303

Wo spielt man gut und billig?
Nur
Gross-Berlin
Alexanderplatz

Wohnmaschinen
Eitiges, Köchmaschinen für Haushalt und alle Gewerbe. Preisabbau. Rundschiffen 100.—; Bettstufen 180.— und 200.—; Schrank, höckerig, 160.—. Bei Teilmahlung einjährige Gehirnsamen. Auch gasaunere Maschinen. 4-6-8-10-12-14-16-18-20-22-24-26-28-30-32-34-36-38-40-42-44-46-48-50-52-54-56-58-60-62-64-66-68-70-72-74-76-78-80-82-84-86-88-90-92-94-96-98-100-102-104-106-108-110-112-114-116-118-120-122-124-126-128-130-132-134-136-138-140-142-144-146-148-150-152-154-156-158-160-162-164-166-168-170-172-174-176-178-180-182-184-186-188-190-192-194-196-198-200-202-204-206-208-210-212-214-216-218-220-222-224-226-228-230-232-234-236-238-240-242-244-246-248-250-252-254-256-258-260-262-264-266-268-270-272-274-276-278-280-282-284-286-288-290-292-294-296-298-300-302-304-306-308-310-312-314-316-318-320-322-324-326-328-330-332-334-336-338-340-342-344-346-348-350-352-354-356-358-360-362-364-366-368-370-372-374-376-378-380-382-384-386-388-390-392-394-396-398-400-402-404-406-408-410-412-414-416-418-420-422-424-426-428-430-432-434-436-438-440-442-444-446-448-450-452-454-456-458-460-462-464-466-468-470-472-474-476-478-480-482-484-486-488-490-492-494-496-498-500-502-504-506-508-510-512-514-516-518-520-522-524-526-528-530-532-534-536-538-540-542-544-546-548-550-552-554-556-558-560-562-564-566-568-570-572-574-576-578-580-582-584-586-588-590-592-594-596-598-600-602-604-606-608-610-612-614-616-618-620-622-624-626-628-630-632-634-636-638-640-642-644-646-648-650-652-654-656-658-660-662-664-666-668-670-672-674-676-678-680-682-684-686-688-690-692-694-696-698-700-702-704-706-708-710-712-714-716-718-720-722-724-726-728-730-732-734-736-738-740-742-744-746-748-750-752-754-756-758-760-762-764-766-768-770-772-774-776-778-780-782-784-786-788-790-792-794-796-798-800-802-804-806-808-810-812-814-816-818-820-822-824-826-828-830-832-834-836-838-840-842-844-846-848-850-852-854-856-858-860-862-864-866-868-870-872-874-876-878-880-882-884-886-888-890-892-894-896-898-900-902-904-906-908-910-912-914-916-918-920-922-924-926-928-930-932-934-936-938-940-942-944-946-948-950-952-954-956-958-960-962-964-966-968-970-972-974-976-978-980-982-984-986-988-990-992-994-996-998-1000-1002-1004-1006-1008-1010-1012-1014-1016-1018-1020-1022-1024-1026-1028-1030-1032-1034-1036-1038-1040-1042-1044-1046-1048-1050-1052-1054-1056-1058-1060-1062-1064-1066-1068-1070-1072-1074-1076-1078-1080-1082-1084-1086-1088-1090-1092-1094-1096-1098-1100-1102-1104-1106-1108-1110-1112-1114-1116-1118-1120-1122-1124-1126-1128-1130-1132-1134-1136-1138-1140-1142-1144-1146-1148-1150-1152-1154-1156-1158-1160-1162-1164-1166-1168-1170-1172-1174-1176-1178-1180-1182-1184-1186-1188-1190-1192-1194-1196-1198-1200-1202-1204-1206-1208-1210-1212-1214-1216-1218-1220-1222-1224-1226-1228-1230-1232-1234-1236-1238-1240-1242-1244-1246-1248-1250-1252-1254-1256-1258-1260-1262-1264-1266-1268-1270-1272-1274-1276-1278-1280-1282-1284-1286-1288-1290-1292-1294-1296-1298-1300-1302-1304-1306-1308-1310-1312-1314-1316-1318-1320-1322-1324-1326-1328-1330-1332-1334-1336-1338-1340-1342-1344-1346-1348-1350-1352-1354-1356-1358-1360-1362-1364-1366-1368-1370-1372-1374-1376-1378-1380-1382-1384-1386-1388-1390-1392-1394-1396-1398-1400-1402-1404-1406-1408-1410-1412-1414-1416-1418-1420-1422-1424-1426-1428-1430-1432-1434-1436-1438-1440-1442-1444-1446-1448-1450-1452-1454-1456-1458-1460-1462-1464-1466-1468-1470-1472-1474-1476-1478-1480-1482-1484-1486-1488-1490-1492-1494-1496-1498-1500-1502-1504-1506-1508-1510-1512-1514-1516-1518-1520-1522-1524-1526-1528-1530-1532-1534-1536-1538-1540-1542-1544-1546-1548-1550-1552-1554-1556-1558-1560-1562-1564-1566-1568-1570-1572-1574-1576-1578-1580-1582-1584-1586-1588-1590-1592-1594-1596-1598-1600-1602-1604-1606-1608-1610-1612-1614-1616-1618-1620-1622-1624-1626-1628-1630-1632-1634-1636-1638-1640-1642-1644-1646-1648-1650-1652-1654-1656-1658-1660-1662-1664-1666-1668-1670-1672-1674-1676-1678-1680-1682-1684-1686-1688-1690-1692-1694-1696-1698-1700-1702-1704-1706-1708-1710-1712-1714-1716-1718-1720-1722-1724-1726-1728-1730-1732-1734-1736-1738-1740-1742-1744-1746-1748-1750-1752-1754-1756-1758-1760-1762-1764-1766-1768-1770-1772-1774-1776-1778-1780-1782-1784-1786-1788-1790-1792-1794-1796-1798-1800-1802-1804-1806-1808-1810-1812-1814-1816-1818-1820-1822-1824-1826-1828-1830-1832-1834-1836-1838-1840-1842-1844-1846-1848-1850-1852-1854-1856-1858-1860-1862-1864-1866-1868-1870-1872-1874-1876-1878-1880-1882-1884-1886-1888-1890-1892-1894-1896-1898-1900-1902-1904-1906-1908-1910-1912-1914-1916-1918-1920-1922-1924-1926-1928-1930-1932-1934-1936-1938-1940-1942-1944-1946-1948-1950-1952-1954-1956-1958-1960-1962-1964-1966-1968-1970-1972-1974-1976-1978-1980-1982-1984-1986-1988-1990-1992-1994-1996-1998-2000-2002-2004-2006-2008-2010-2012-2014-2016-2018-2020-2022-2024-2026-2028-2030-2032-2034-2036-2038-2040-2042-2044-2046-2048-2050-2052-2054-2056-2058-2060-2062-2064-2066-2068-2070-2072-2074-2076-2078-2080-2082-2084-2086-2088-2090-2092-2094-2096-2098-2100-2102-2104-2106-2108-2110-2112-2114-2116-2118-2120-2122-2124-2126-2128-2130-2132-2134-2136-2138-2140-2142-2144-2146-2148-2150-2152-2154-2156-2158-2160-2162-2164-2166-2168-2170-2172-2174-2176-2178-2180-2182-2184-2186-2188-2190-2192-2194-2196-2198-2200-2202-2204-2206-2208-2210-2212-2214-2216-2218-2220-2222-2224-2226-2228-2230-2232-2234-2236-2238-2240-2242-2244-2246-2248-2250-2252-2254-2256-2258-2260-2262-2264-2266-2268-2270-2272-2274-2276-2278-2280-2282-2284-2286-2288-2290-2292-2294-2296-2298-2300-2302-2304-2306-2308-2310-2312-2314-2316-2318-2320-2322-2324-2326-2328-2330-2332-2334-2336-2338-2340-2342-2344-2346-2348-2350-2352-2354-2356-2358-2360-2362-2364-2366-2368-2370-2372-2374-2376-2378-2380-2382-2384-2386-2388-2390-2392-2394-2396-2398-2400-2402-2404-2406-2408-2410-2412-2414-2416-2418-2420-2422-2424-2426-2428-2430-2432-2434-2436-2438-2440-2442-2444-2446-2448-2450-2452-2454-2456-2458-2460-2462-2464-2466-2468-2470-2472-2474-2476-2478-2480-2482-2484-2486-2488-2490-2492-2494-2496-2498-2500-2502-2504-2506-2508-2510-2512-2514-2516-2518-2520-2522-2524-2526-2528-2530-2532-2534-2536-2538-2540-2542-2544-2546-2548-2550-2552-2554-2556-2558-2560-2562-2564-2566-2568-2570-2572-2574-2576-2578-2580-2582-2584-2586-2588-2590-2592-2594-2596-2598-2600-2602-2604-2606-2608-2610-2612-2614-2616-2618-2620-2622-2624-2626-2628-2630-2632-2634-2636-2638-2640-2642-2644-2646-2648-2650-2652-2654-2656-2658-2660-2662-2664-2666-2668-2670-2672-2674-2676-2678-2680-2682-2684-2686-2688-2690-2692-2694-2696-2698-2700-2702-2704-2706-2708-2710-2712-2714-2716-2718-2720-2722-2724-2726-2728-2730-2732-2734-2736-2738-2740-2742-2744-2746-2748-2750-2752-2754-2756-2758-2760-2762-2764-2766-2768-2770-2772-2774-2776-2778-2780-2782-2784-2786-2788-2790-2792-2794-2796-2798-2800-2802-2804-2806-2808-2810-2812-2814-2816-2818-2820-2822-2824-2826-2828-2830-2832-2